TATblatt +213

"pubertäres Zentralorgan der Linken"

Jungle World

Paranoia | Kampf gegen Terror
Neues aus dem Bereich Überwachung & Repression

Abtreibung | Interview mit SLP
AbtreibungsgegnerInnen am Vormarsch

Ausserdem weitere Artikel aus den Bereichen: Gentechnik, US-Wahlkampf, Antifa, Drogen

September 2004

EUR 1,40

In dieser Ausgabe ...

02 **Editorial** | Guten Tag!
03 **Überwachung** | Schöne neue Welt
05 **Terror** | Senator Kennedy
06 **Kurzmeldungen** | Überwachung
07 **Repression** | Verdächtige Computernutzung
08 **Kurzmeldungen** | Vermischtes
09 **Drogen** | liberalere Töne?
10 **Kurzmeldungen** | Jagd
11 **Tierbefreiung** | Projekt stellt sich vor
12 **Kurzmeldungen** | Tierbefreiung
13 **Asylverfahren** | machen krank
15 **Abtreibung** | Interview mit SLP zum Thema
17 **Kurzmeldungen** | Antifa
18 **Kurzmeldungen** | Vermischtes
19 **USA** | Wahlkampf & Verschwörungstheorienen
21 **Abschiebung** | Farbanschlag auf ACCOR
22 **Kurzmeldungen** | Öko
23 **Rezension** | Radikal!
24 **Ende** | Impressum, Werbung, Abo usw.

Guten Tag!

Nach unserer traditionellen Sommerpause melden wir uns mit dieser Nummer also wieder zurück. Während ihr euch hoffentlich erholt habt, haben wir unsere Pause maßgeblich mit Zank und Ärger verbracht. Grund dafür waren unter anderem eigenmächtige Änderungen des Layouters der letzten Nummer, durch die die Tierbefreiungs-Meldungen ins Lächerliche gezogen wurden. Auch wenn in der letzten Nummer dadurch nicht der Eindruck entstand: Tierbefreiung ist ein Anliegen, das im TATblatt auf jeden Fall seinen Platz hat. An dieser Stelle möchten wir uns daher für diese Ausfälle entschuldigen und nochmal klarstellen, dass diese in keinster Weise unserer Blattlinie entsprechen. Da wir uns nun auch in der Redaktion alle wieder lieb haben, hoffen wir auch, dass somit Sorge getragen ist, dass sowas in Zukunft nicht mehr vorkommen wird.

Eine zweiter Grund um in uns zu gehen, war zugegebenermaßen der Verfassungsschutzbericht 2004. Sorge bereitete uns hier weniger, dass in dem Bericht wiedereinmal sehr viel von uns (ohne Quellenangabe versteht sich) übernommen wurde, sondern vielmehr, dass dem TATblatt die bisher Jahr für Jahr vom Verfassungsschutz erfolgte Bestätigung, das böseste Terror-Blatt in diesem Land zu sein, einfach verwehrt wurde. Damit hätten wir nach all den Jahren nun wirklich nicht gerechnet.

Um diesen unschönen Alterserscheinungen entgegenzutreten haben wir uns im Sommer daher auch gleich geballte Gegenmaßnahmen überlegt. Einerseits laden wir am Freitag, dem 29. Oktober, zu einem TATblatt-sucht-Nachwuchs-Treffen ins EKH / Infoladen10 ein. Näheres zu den Hintergründen und dem Zweck des Treffens könnt ihr in der nächsten Nummer Lesen.

Andererseits steht Ende Oktober auch ein Fest an, das uns sehr am Herzen liegt. Unter dem Titel "TATblatt liebt Infoladen" wird am Samstag, dem 30. Oktober, im EKH die Umstellung der Sommer- auf die Winterzeit und nebenbei auch unser 16-jähriges Bestehen gefeiert. Für Unterhaltung, sowie vegane Speis und Trank wird natürlich gesorgt sein. Auch dazu näheres in unserer nächsten Nummer.

Nach zu viel Rück- und Ausblick,
viel Spaß beim Lesen dieser Nummer,
Euer TATblatt

Kampf gegen Terror

Schöne neue überwachte Welt

Die USA werken weiter unermüdlich daran, trotz des Scheiterns einzelner Vorhaben der übrigen Welt abstruse Überwachungsmethoden aufzuzwingen. Andere Länder zeigen sich zwar offiziell zögerlich, arbeiten im Geheimen aber umso heftiger an mindestens ebenso seltsamen Methoden zur Totalüberwachung. Weitere diskutieren erst nicht lange, sondern führen in Teilbereichen stillschweigend ein, was selbst in den USA auf Ablehnung stößt: Ein Paradebeispiel, die Gemeinde Wien.

TATblatt

Mitte Juli trat Tom Ridge, Minister für die Sicherheit der Heimat der USA, mit der Verlautbarung an die Öffentlichkeit, daß das geplante Programm CAPPS II gescheitert ist. CAPSS steht für "computer assisted passenger prescreening program" und hätte die vorbeugende Durchleuchtung aller FlugpassagierInnen werden sollen. Doch Grund zum Feiern besteht nicht, denn schon jetzt ist eine ganze Latte von ähnlichen Programmen realisiert oder in Arbeit.

Da gibt es zunächst TIPOFF des US State Department, also des Innenministeriums, eine Art watchlist für potentielle TerroristInnen. Blöd ist nur, daß die Attentäter des 11. September auf der TIPOFF-Liste standen, aber unbeanstandet an Bord gehen konnten, weil die Daten nicht weitergeleitet wurden.

Dem wollte nun die Transportation Security Administration (TSA) mittels CAPPS II Abhilfe schaffen. Das Vorhaben stellte sich aber als technisch nicht machbar und als grundrechtlich extrem bedenklich heraus, sodaß die TSA auf eine Weiterverfolgung verzichtet.

Trotzdem: Es wird derzeit an zwei Listen gearbeitet, nämlich einer "no fly"-Liste von Personen, die überhaupt nicht in Flugzeuge gelassen werden, und einer "automatic selectees"-Liste, die immer genaueste Durchsuchungen der Person nach sich zieht. Beide Listen sollen "die breitest mögliche Anzahl der Namen von TerroristInnen" enthalten, so Thomas Keane, Vorsitzender der 9/11-Kommission des Kongresses. Bis zum 9.11. waren etwa 100 Personen auf solchen Listen, seitdem melden die verschiedenen Behörden Unmengen an Personen. Als nächstes werden diese Listen durch die Gründung eines "Terrorist Threat Integration Center" (TTIC und eines "Terrorist Screening Center" (TSC) erweitert.

Schon jetzt besteht das "voluntary registered traveller program", bei dem Daten von Reisenden von 75 bis zu 100 Jahren durch das Department of Home Security (DHS) gespeichert werden.

Außerdem stellte sich kürzlich heraus, daß das DHS vom Statistischen Zentralamt alle Daten von Personen, die bei der letzten Volkszählung "arabische Abstammung" angegeben hatten, verlangt und erhalten hat.

Bisherige Systeme bürdeten einen Großteil der Kontrollaufgaben den Fluglinien auf, die zunehmend Widerstände entwickelten und unter der Bürokratie stöhnten. Mit den neuen Programmen sollen die Kontrollen wieder zu den Behörden hin verlagert werden.

Das wird auch bitter nötig sein, denn ab 1. Oktober gelten die Foto- und Fingerabdruckprogramme auch für die Länder unter dem sogenannten "visa waiver"-Regeln. Das sind jene Länder, die für touristische Aufenthalte bis zu drei Monaten keine Visa benötigen. Auf Antrag der Regierung hat der Kongreß kürzlich ein Gesetz erlassen, das die Pflicht für biometrische Pässe um ein Jahr verschiebt. Mit Ende 2005 müssen dann alle Einreisenden, die nach visa waiver einreisen wollen, biometrische Daten im Pass integriert haben. Umgekehrt sollen mit Ende 2005 in den USA nur biometrische Pässe ausgegeben werden.

In der Praxis betrifft das 50% aller Einreisenden in die USA. Belgien wurde überhaupt schon jetzt aus dem visa waiver gestrichen, weil belgische Pässe nach US-Ansicht zu fälschungsanfällig sind. Diese Maßnahme kommt aus einem Land, in dem man nach wie vor an jeder Straßenecke einen gefälschten Führerschein kaufen kann, mit dem als nächstes ein Bankkonto und ein Kreditkartenkonto im Namen einer existierenden Person eröffnet und abgeräumt, worauf diese auf Jahre von Klagen und Exekutionen geplagt wird. "Identity theft" betrifft international fast ausschließlich die USA.

Großbritannien in den Fußstapfen

Die Regierung Blair erweist sich einmal mehr als Lakai der USA. In wenigen Jahren sollen alle Reisenden biometrisch bei der Ein- und Ausreise totalerfaßt werden. Innenminister Blunkett gibt als Ziel eindeutig die Wiedereinführung der Ausreisekontrollen an, die vor zehn Jahren abgeschafft wurde. Innenpolitisch steht aber die Einführung von ID-Cards mit Fingerabrücken und biometrischen Bildern im Vordergrund. Ein Parlamentskomitee hat zwar das ganze Programm, das die Regierung vorlegt, verurteilt, dennoch aber eine Empfehlung für die Einführung abgegeben. Das

Komitee beschwerte sich, daß das Programm zu einer nationalen Fingerabdruckdatenbank führen wird, wogegen grundrechtliche Bedenken bestehen, daß die Technologie nicht verläßlich ist und die Kosten unabsehbar.
Dazu kommen noch die Pläne für ein nationales Bevölkerungsregister und eine Kinderdatenbank. Alle Kinder sollen unabhängig von Krankheiten bei der Geburt genetisch getestet werden. Die Ergebnisse sollen in der Datenbank des National Health Service gespeichert werden. Angeblich soll das der Gesundheit der Kinder zuträglich sein. Später werden in die Datenbank auch alle persönlichen medizinischen Daten eingetragen. Praktisch wird damit der Klassifizierung von Babies nach dubiosen Kriterien Tür und Tor geöffnet, die die Wahrscheinlichkeit von "Empfehlungen für Abtreibungen" nach sozialer Herkunft und ähnlichen Faktoren erhöhen. Selbstverständlich soll die Polizei Zugang zu dieser Datenbank haben. Die Kosten sind unbekannt, und das in einem Land, wo Leute reihenweise mit Herzinfarkt bei stundenlangen Irrfahrten von Spital zu Spital sterben, weil keine Notaufnahmeplätze frei sind.

RFID

Hinter diesem Kürzel verbirgt sich der nächste Anschlag auf die Grundrechte, nämlich der Radio Frequency Identification Chip. RFID senden Funksignale aus und sind von Lesegeräten in einer Entfernung bis zu mehren Metern lesbar. In kommerzieller Hinsicht sind Supermärkte und ähnliche Geschäfte daran interessiert, da sich damit die Kassa erübrigt. Jedes Produkt bekommt einen weltweit einzigartigen Chip und kann beim Passieren eines Lesegerätes gelesen werden.
Ist schon das bedenklich, da damit ein/e KäuferIn über das Produkt weltweit nachverfolgt werden kann, so ist bei öffentlichen Datenverwaltungen überhaupt höchste Vorsicht angesagt. In den USA fand im Juli ein Kongreßhearing über RFID in Pässen statt. Als bedenklich gilt, daß ein RFID-Chip automatisch eine Datenbank nach sich zieht, im Fall von Ausweisen eine Personendatenbank. Durch ein Lesegerät ist es daher ohne nach außen erkenntliche Maßnahme möglich, eine Gruppe von Personen in einem Raum zu erfassen. Folglich kann etwa die Polizei ohne Durchführung von Personenkontrollen alle TeilnehmerInnen einer Veranstaltung registrieren und in der Datenbank erfassen.
Technisch ist es auch kein Problem, auf Straßen Lesegeräte aufzustellen, die automatisch die Vorbeigehenden und -fahrenden erfassen.
Vorangetrieben wird dieses Projekt von einer obskuren Organisation namens International Civil Aviation Organization (ICAO), die einen bei der UNO akkreditierten Status hat, aber in der Öffentlichkeit nicht auftritt und keine Stellungnahmen abgibt oder Auskünfte erteilt. Delegierte der ICAO konferieren laufend mit Regierungen aller Länder unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Bei der letzten Konferenz 2004 in Kairo war wie immer die Teilnahme von Nicht-Regierungsorganisationen nicht erwünscht. Bisher ist bekannt geworden, daß die ICAO ID-Cards mit RFID empfiehlt, die aus einem Abstand von einem Meter gelesen werden können. Damit ist schon vor einer eventuellen Einführung klar, daß neben grundrechtlichen Bedenken der Mißbrauch blühen wird. Diebe, IdentitätsfälscherInnen, Diktaturen, Datensammler aller Art und eine unabsehbare Zahl von "ZweitnutzerInnen" sehen goldenen Zeiten entgegen.

Datenjunkies im Rathaus

In dem Kongreßhearing zu RFID äußerten Bürgerrechtsgruppen große Bedenken gegen die geplante Einführung von RFID in den städtischen Bibliotheken von San Francisco. Dadurch würden etwa die Möglichkeiten von Dritten, die Lesegewohnheiten der BenutzerInnen auszuwerten, dramatisch verbessert.
Von solchen grundsätzlichen Erwägungen ist man im Wiener Rathaus wie immer Lichtmeilen entfernt. Ohne weitere Konsultation wurde die Zentrale der Städtischen Bibliothek auf RFID-Chips umgestellt. Nun ist die Gemeinde Wien berüchtigt sowohl für ihre Verweigerungen und Schikanen bei Auskünften nach dem Datenschutzgesetz, als auch für die wüsten Vernetzungen ihrer Computersysteme. Daher darf es auch nicht verwundern, daß Wien keine Hemmungen auch auf anderen Gebieten kennt. In Wien ist die Implantierung von RFID-Chips zur Identifizierung von Hunden vorgeschrieben, auch wenn es an der Durchführung mangelt, weil die HundebesitzerInnen passiven Widerstand leisten. Mit dem Hundechip, der selbstverständlich nur zur Kontrolle der Bezahlung der Hundesteuer dienen soll, passiert genau das, was als Gefahr durch RFID angeführt wird. In einer der wuchernden Datenbanken der Gemeinde Wien wird der/die BesitzerIn geführt, der/die über weitere Datenbanken erfaßt ist. In Kombination mit Bewegungsprofilen durch Lesegeräte, etwa in der Städtischen Bibliothek oder im Supermarkt, ergibt sich die Totalerfassung von HundebesitzerInnen, ihren Lese-, Aufenthalts- und Konsumgewohnheiten.

Mehrheiten und Minderheiten

Eine Umfrage in Großbritannien hat ergeben, daß zwar eine Mehrheit der BritInnen für nationale Identitätskarten ist, daß die Widerstände aber enorm sein werden. Ungefähr 28% der Bevölkerung sind massiv gegen ID-Cards, das sind 5 Mio. Personen, und 1 Mio. Menschen beabsichtigen eher ins Gefängnis zu gehen als eine ID-Card zu nehmen, selbst wenn es gesetzlich verpflichtend wird. Besonders hartnäckig ist der Widerstand bei den Konservativen, den Tories, während die Labour-AnhängerInnen überwiegend für Totalüberwachung sind. 34% der Tories werden an Demonstrationen, ein Viertel zivilem Ungehorsam teilnehmen und einer von 30 Tory-WählerInnen läßt sich ins Gefängnis stecken.

Die Schlußfolgerungen für die nächsten Wahlen in Österreich liegen auf der Hand.

Senator Kennedy ...
... und andere TerroristInnen

Edward "Ted" Kennedy, Abgeordneter im US-Senat, schaffte es auf die "no fly"-Liste, die potentielle TerroristInnen vom Flugverkehr ausschließt, zu kommen. Bei einer Anhörung vor einem Justizausschuß im Senat erzählte er von seinen Erlebnissen. Dank der Eintragung "no fly" im Computer wurde ihm auf fünf Flughäfen das Besteigen von Flugzeugen verwehrt. Jedes Mal mußte der Sicherheitschef anrücken, ihn "identifizieren" und die Freigabe seiner Bordkarte höchstpersönlich anordnen.

TATblatt

Supersicherheitsminister Tom Ridge entschuldigte sich nachträglich bei Kennedy. Doch Kennedy walzte die Angelegenheit in den Medien breit. Immerhin verpaßte er beinahe mehrere Anschlüsse wegen der Eintragung. Zudem wies er darauf hin, daß er drei Wochen brauchte, um von der Liste gestrichen zu werden. Sein Sekretär mußte dreimal im Büro der Transport Security Administration (TSA) anrufen, bevor etwas geschah. Nicht zu Unrecht wies Kennedy vor dem Ausschuß darauf hin, daß das bei ihm schon so gewesen sei, und wie es erst weniger bekannten Unschuldigen ergehen muß.
Sechs weitere "no fly"-TerroristInnen haben mittlerweile den Fall vor Gericht gebracht. Darunter sind ein Pfarrer und David C. Fathi, ein angestellter Rechtsanwalt der American Civil Liberties Union. Die ACLU ist eine Organisation von BürgerrechtlerInnen, die die Sondergesetze und Maßnahmen juristisch bekämpft und auch vor den Ausschüssen der Abgeordnetenhäuser zu Gesetzesvorhaben Stellungnahmen abgeben kann. Die ACLU hat auch die Klagen organisiert. Fathis Eltern stammen aus dem Iran, was ihm die Eintragung beschert haben dürfte. Mittlerweile hat er sogar einen Brief des Ombudsmanns der TSA, daß er nicht des Terrorismus verdächtig ist. Dieser ist praktisch wirkungslos, da er noch immer auf der Liste steht und gar nicht rechtzeitig den Brief herzeigen kann., bevor der Zirkus wieder los geht. Fathi berichte, dass er nicht etwa jedes Mal, sondern im Schnitt jedes dritte Mal von der Polizei weggeführt und verhört wird. Die anderen beiden Male wird er ohne Kontrolle durchgelassen.
Die offensichtlichen Wahnsinnigkeiten haben nun auch die Flughäfen dazu veranlaßt, einen Teil der Kontrollen wieder aufzulassen. Am 11. September 2001 stiegen 10 von 19 Flugzeugattentätern in Boston, Massachusetts, ein. Trotzdem beendete Boston nun alle Versuche mit Videoüberwachung und Gesichterkennung. Anlaß dazu war ein Test der Flughafenangestellten, die ein System kameragestützter Gesichtserkennung beim Einchecken erprobten. Dabei wurden nur 60% der eigenen Angestellten erkannt. Zudem hat sich praktisch herausgestellt, daß das System zur Erkennung von Personen durch Gesichtszüge wegen der großen Anzahl von Parametern überhaupt nur bei Kooperation der zu kontrollierenden Person funktioniert, ansonsten aber chancenlos ist. Die Polizei von Tampa, Florida, kam unabhängig von Boston zum selben Ergebnis und beendete das Programm ebenfalls. Im zivilen Bereich erwiesen sich die Fingerabdruckscanner bei der Walt Disney Corp. als Reinfall. Bei allen diesen Anwendungen war die Ursache des Scheiterns die exponentiell steigende Fehleranfälligkeit bei großen Personengruppen.
Im Zuge der Debatte wurde neuerlich darauf hingewiesen, daß selbst scheinbar erprobte Techniken wie der Fingerabdruck häufig nicht funktionieren. Einige Bevölkerungsgruppen in Asien, ältere Leute und manuell Schwerarbeitende sind mit Fingerabdrücken nicht identifizierbar.

graswurzel revolution

monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft

„Das Fachblatt der Edel-Anarchisten." (Josef Stalin)
„Dahinter verbirgt sich immer ein kluger Anarchist." (Michail Bakunin)
„... oder eine kluge Anarchistin!" (Emma Goldman)

★ widerstand gegen staat und krieg
★ antirassismus und antisexismus
★ gewaltfreier anarchismus
★ concert for anarchy
★ ökologic u.v.m.

Probeheft kostenlos
Abo in A & CH: 35 € (10 Hefte)

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

Überwachung in Kürze

Überwachung

Die Installation von Kameras zur Bekämpfung des Vandalismus in Gänserndorf (siehe TATblatt +212) zieht erste durchschlagende Erfolge in der Bekämpfung des Terrorismus nach sich: Nachdem am Bahnhof immer wieder Glasscheiben eingeschlagen worden waren, konnten dank einer zwei Monate dauernden Überwachung mittels Videokameras zwei Jugendliche ausgeforscht und dingfest gemacht werden. Wohl auch durch dieses überaus erfolgreiche Beispiel animiert, wird auch in anderen Hochburgen des Verbrechens wie Mödling, Waidhofenan der Thaya oder Gars am Kamp überlegt öffentliche Plätze mit Videokameras zu überwachen. Abgewartet wird noch das neue Sicherheitspolizeigesetz, das im Herbst im Nationalrat verabschiedet werden soll. Dann soll die Polizei wie bisher öffentliche Plätze filmen dürfen, diese Aufnahmen als Neuerung auch bis zu 48 Stunden speichern
dürfen.
Andere Städte dagegen bieten sich als Rückzugsgebiete für marodierende Banden an: in Wr Neustadt wird eine ständige Überwachung der BürgerInnen als eine Verletzung derer Privatssphäre angesehen, während Neunkirchen und Korneuburg die hohen Kosten als Argument gegen eine Kamera-Überwachung angesehen werden.

Hubschraubereinsatz

In Kärnten wurden Anfang September drei 14jährige MopeddiebInnen erfolgreich von der Polizei gestellt. Nachdem sie in Herzogenstadt beim Diebstahl von zwei Mopeds von der Gendarmerie überrascht wurden, ergriffen sie die Flucht. Es wurde sofort eine Großfahndung eingeleitet, an der BeamtInnen der Sondereinsatzgruppe Cobra, ein Hubschrauber sowie BeamtInnen der Hundestaffel Teil nahmen.
Die Fahndung verlief erfolgreich: die Bande konnte in einem Lagerhaus gestellt werden. Die Verhöre ergaben, dass die Bande nicht nur die beiden Mopeds, sondern auch Fahrräder und Leergut gestohlen und Autos sowie PassantInnen mit Blasrohren beschossen haben sollen. Von Seiten der Gendamerie wurde verlautet, der Einsatz des Hubschraubers sowie der Cobra-BeamtInnen sei nur "Zufall" gewesen.

Quelle: div. Medien

Eigeninitiative Sicherheitskontrollen

Die Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf schloß 2002 ein Sicherheitsabkommen mit der Polizei und einem Sicherheitsdienst im Rahmen einer sogenannten "Ordnungspartnerschaft". Nach einigen Protestaktionen von Studis traten Polizei und Uni leiser. Zur Imagepflege baut sich die Polizei nun regelmäßig auf, um Fahrräder gegen Diebstahl zu codieren. Genervte Studis griffen Anfang Juli zur Eigeninitiative und stellten sich in Uniform an einem strategischen Ort, einer Brücke, über die alle gehen müssen, mit Megafon auf und ordneten die Verhältnisse. "Achtung, Achtung. Hier spricht der neue Sicherheitsdienst. Auf der Brücke rechts gehen." Radfahrende wurden ebenfalls mit Megafonlautstärke gemaßregelt. Ein Transparent mit "gegen Ordnungspartrnerschaft, Sicherheitswahn und Ausgrenzung! Eure Ordnung kotzt uns an" setzte die Aktion in einen speziellen Kontext. Für alle, die Anordnungen Folge geleistet hatten, gab es eine instruktive Broschüre zum Bedenken. 1.000 Stück wurden davon in einer Stunde verteilt. Die Aktion bewirkte, daß sich der Stand der Polizei binnen kurzer Zeit leerte.

Verhaftung durch Ermittlung von **Computernutzung**

Am 9 März wurde in den USA der Student Billy Cottrell verhaftet. Er soll angeblich im Namen der Earth Liberation Front, ELF, 125 Allradautos beschädigt oder zerstört haben. Die Verhaftung wirft ein interessantes Licht auf die Ermittlungsmethoden der Polizei in Zusammenhang mit der Nutzung von Computern. Durch den Aktenlauf sind nun die Vorgänge, die zur Verhaftung führten, bekannt geworden.

TATblatt

Doch zunächst zum Hintergrund: Die ELF führt seit längerem eine Kampagne gegen sogenannte Sports Utility Vehicles, kurz SUVs, durch, also diese protzigen Kübel mit Vierradantrieb, extrem viel Metall und einem enormen Treibstoffverbrauch. Im Namen der ELF wurden zahlreiche SUVs angezündet und die Prämien der Versicherungen für Autohandlungen mit diesen Fahrzeugen haben sich vervielfacht. Grund genug für die Polizei, aktiv zu werden.
Billy Cottrell ist Student des California Institute of Technology (Caltech) und hat nun 7 Anklagen wegen Brandstiftung und eine wegen "Verwendung einer zerstörerischen Einrichtung während eines Gewaltverbrechens" am Hals. Jede Anklage hat ein Strafmaß von 5 bis 20 Jahren, dazu kommt eine neunte Anklage wegen eines Molotov-Cocktails zum Anzünden von Fahrzeugen mit einem Minimum von 30 Jahren Haft. Nach Angaben der Bundespolizei FBI wurde Cottrell durch das Versenden von Anschlagserklärungen durch Email ausgeforscht.

Die Ermittlungsmethoden

Bei der Tageszeitung Los Angeles Times gingen nach Anschlägen Emails unter dem Pseudonym Tony Marsden ein. Die Emails bezogen sich auf einen anderen Angeklagten, der angeblich die ELF-Aktionen durchgeführt haben sollte, aber ohne Anklage und Verfahren freigelassen wurde. In den Emails wurden Details der Taten veröffentlicht.
Die Los Angeles Times informierte das FBI, daß sie Emails zum Rechner der Caltech zurückverfolgt hatte. Gleichzeitig prüfte das FBI, die Angaben in den Emails zum Tathergang auf Glaubwürdigkeit. Sie waren stichhaltig, weil in den Emails Angaben gemacht wurden, die einerseits wahr, andererseits noch nicht veröffentlicht worden waren.
Der Universität war bekannt, daß das FBI ermittelt "und wir haben voll kooperiert", so ein Sprecher.
ComputerspezialistInnen der Caltech stellten fest, daß das erste Email aus einer der Bibliotheken versendet wurde. Weitere Untersuchungen ergaben, daß von 6 Computern in zwei Caltech-Bibliotheken Emails versendet worden waren. In einem weiteren Schritt wurde ermittelt, daß innerhalb von acht Minuten die Identitätskarte von Cottrell vor Versenden der Emails zum Betreten der Bibliotheken benutzt wurde. Außerdem hatte sich in 11 Fällen zugleich während des Versendens von Emails an die Los Angeles Times unter dem Namen Marsden jemand mit dem Studentenaccount von Cottrell eingeloggt. Und zuletzt gibt es eine Videoaufzeichnung, die jemanden mit dem Aussehen von Cottrell beim Betreten der Bibliothek kurz vor Versenden eines Marsden-Emails zeigt.

Festnahme und weitere Polizeitaktiken

Bei diesem Ermittlungsstand wurde Cottrell festgenommen. Er beteuert seine Unschuld. Da Cottrell nicht geständig ist, verlegte sich das FBI auf den Bekanntenkreis. Freundin und Bekannte wurden in die Mangel genommen. Da diese keine erfahrenen AktivistInnen sind, konnten sie unter Druck gesetzt werden. Angeblich gibt es Aussagen von mehreren Personen, daß er von den Taten erzählt haben soll, sowie angekündigt hat, unterzutauchen.
Cottrell wurde ein vertrauliches Gespräch mit einem Anwalt verweigert, obwohl er einen hat. Zudem wurde er vom FBI mit Schlafentzug unter Druck gesetzt. Laut Cottrell und seinem Anwalt wurden die angeblichen Aussagen von Bekannten über Anschläge durch Nötigung der ZeugInnen erlangt.
Nachdem das FBI kein Geständnis erzwingen konnte und auch sonst die Beweise trotz dieser angeblich zwingenden Indizien für eine Verurteilung nicht ausreichen dürften, wofür eine ergebnislose Verhandlung vor Gericht spricht, wollte das FBI auch noch eine DNA-Untersuchung erzwingen.
Vertrauliche Kontakte mit der rechtlichen Vertretung werden auch noch 5 Monate nach der Festnahme behindert.

Informationen:
www.freebillycottrell.org

Soziales in Kürze

Klagsverband gegründet

Das Behindertenberatungszentrum Bizeps, die Homosexuelleninitiative HOSI Wien, der Österr. Gehörlosenbund ÖGLB und die Antirassimusgruppe ZARA gründeten im Juni einen gemeinsamen Verein zur Durchführung von Musterprozessen. Dadurch sollen die Rechte diskriminierter Personen schlagkräftig vertreten werden.
Weiteres unter www.bizeps.at

Billiger bei Lidl und Schlecker

Diskont, aber wie? Manche machen es über die Löhne. Die deutsche Gewerkschaft Verdi kritisiert miserable Arbeitsbedingungen bei Schlecker und Lidl. In Hamburg gibt es in 130 Schlecker-Filialen keinen einzigen Betriebsrat. Lidl ist auch nicht schlecht: Von 2.500 Filialen in Deutschland haben nur fünf einen Betriebsrat.

Grüne in Kürze

Grünalternative Jugend Wien fordert 8.188.299 PolizistInnen für Österreich -

Einzig Maria Vassilakou soll Politikerin bleiben
Die Grünalternative Jugend (GAJ) Wien reagiert auf die grüne Spitzenkandidatin Maria Vassilakou, die sich 1500 zusätzliche PolizistInnen für Wien wünscht. "Diese Forderung geht in die richtige Richtung, greift aber leider viel zu kurz. Erst 8.188.299 PolizistInnen würden das Land endgültig sichern", bemängeln die AktivistInnen der GAJ. Nur Maria Vassilakou solle weiterhin als Politikerin tätig sein.
"Mit einer einzigen Maßnahme werden Kriminalität und Arbeitslosigkeit gleichermaßen im Keim erstickt. Radau und Drogen wird das Handwerk gelegt", erläutert die GAJ. "So wird unser schönes Land zur sichersten Sicherheitszone von Überhaupt."

Rückfragehinweis:
buero@gajwien.at
Grünalternative Jugend Wien
www.gajwien.at

Gott in Kürze

Schluß mit Gotteskult in Kritzendorf

Der Bürgermeister von Kritzendorf ist fassungslos über den "brutalen Anschlag": Die Waldandacht wurde im August vollkommen verwüstet. Dabei wurde ziemlich alles zertrümmert und der Körper des Christus gestohlen.
Für TouristInnen: Der Ort der Schändung ist in der Nähe des Rehabilitationszentrums Weißer Hof. Dort wurden in den letzten zwei Jahren Kruzifixe, Heiligenbilder, Vasen, Laternen und der Betstuhl öfters beschädigt. Beim letzten Anschlag rissen die offensichtlich unchristlich motivierten TäterInnen den Christus vom Kreuz und hauten damit auf das Kreuz ein, laut Krenn-Blatt NÖN "besonders brutal". Die Grablaterne wurde vom Baum gerissen und darauf herumgetrampelt, ein Heiligenbild mit dem Hammer bearbeitet.
Der Bürgermeister zieht nun Konsequenzen: "Wir werden keinen Christus-Korpus mehr aufhängen. In zwei Wochen wäre er wieder kaputt oder gestohlen."
Die Gendarmerie hat keine Hinweis auf "die Täter".
Unseres Wissens ist das weltweit die konsequenteste antireligiöse Aktion seit der Oktoberrevolution 1917 und Spanien 1936. Es bleibt abzuwarten, ob das nur ein Einzelfall war, oder zu einem neuen Trend im Verhältnis zur Kirche wird.

Originaltextservice

Durch intensive Kooperation mit der Post AG fand sich folgendes Schreiben am 9. August in unserem Briefkasten, das einmal mehr Abenteuerliches enthielt:

*** Originaltextservice *** Originaltextservice *** Originaltextservice ***

DURCH AUSGIEBIG SAND IM TANK SIND ZWEI BAGGER AUSSER BETRIEB

SCHWECHAT
BAUSTELLE
AUTOBAHN S1

KAMPF GEGEN AUTOWAHN UND UMWELTZERSTÖRUNG

UNTERGRUNDZELLE
HELMUT KUKACKA

*** Originaltextservice *** Originaltextservice *** Originaltextservice ***

BekämpfungsfundamentalistInnen in der Defensive: **Drogen**

Im Jänner wurde das Drogengesetz in Großbritannien gelockert. Seitdem sind die Verhaftungen wegen Cannabis um ein Drittel zurückgegangen, dies gemäss ersten Schätzungen, die vom Innenministerium veröffentlicht wurden. Letzte Zahlen zeigen, dass vor der Gesetzesänderung 97.000 Personen pro Jahr wegen Cannabis-Besitz verhaftet wurden. Zahlen aus der Kriminalstatistik, welche belegen, dass erstmals der Cannabiskonsum unter Jugendlichen rückläufig ist.

TATblatt

Während FundamentalistInnen der harten Linie mit Unterstützung der Regierungen Spaniens und Schwedens international Druck zur Strafverfolgung machen, geht die Initiative zur Legalisierung in der Schweiz zügig voran.

Diese erfolgreiche Änderung der britischen Drogengesetze kommt zum selben Zeitpunkt, wo die "horizontal working party on drugs", eine EU-Arbeitsgruppe, die direkt dem MinisterInnenrat der EU berichtet, vorschlägt, dass die MinisterInnen Internet-Seiten, welche Informationen zur Anpflanzung und der Verbreitung von Cannabis anbieten, verbieten sollen. Auf Initiative der schwedischen und der spanischen Regierung übt diese Arbeitsgruppe Druck auf die EU-MinisterInnen aus, damit diese einen Resolutionsentwurf annehmen, welche sich dem Konsum dieser Droge und dem höheren Potential gewisser Marijuana-Sorten widmet und international härtere Gesetze gegen den Handel fordert.
Der Vorschlag, die EU-Regierungen zu zwingen, gegen Pro-Cannabis-Homepages vorzugehen, hat AktivistInnen verärgert. Die britische Cannabis-Legalisierungs-Kampagne sagt, sie sei damit einverstanden, dass die Droge nicht harmlos sei, besteht aber darauf, dass ihre Website Informationen über Cannabis vermittelt und nicht dessen Gebrauch fördert. Der Vorschlag käme einer Zensur gleich und führe dazu, dass dies zu einer Unterdrückung jeglicher Website, welche ein Hanfblatt zeige, führen könne.

Die wichtigsten Änderungen spielen sich derzeit aber nicht in der EU, sondern in der Schweiz ab. Nachdem der Nationalrat (eine der beiden Kammern des Parlaments) im Juni ein Gesetz zur Liberalisierung erfolgreich durch Debattenverweigerung zum zweiten Mal blockierte, werden nun Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt. Innerhalb von nur drei Wochen hat das Komitee Pro Jugendschutz 60.000 Unterschriften für ein Volksbegehren für die Legalisierung des Cannabiskonsums gesammelt. Nötig sind 100.000 Unterschriften. Für österreichische Verhältnisse unglaublich ist, daß in der Initiative Abgeordnete aller Parteien, sowie MedizinerInnen, PsychologInnen und KünstlerInnen, aber auch PolizeileiterInnen für die Legalisierung eintreten bzw. vertreten sind.
Eher zur traditionellen Fraktion, wie wir sie bei uns durchgehend vorfinden, gehört der ehemalige Chef der Stadtpolizei von Bern, Kurt Wasserfallen. Dieser behauptete in der Berner Zeitung "Bund", wer kiffe, könne

Originaltext der Initiative:

"Unsere Argumente für die Hanflegalisierung"

1. Das Stimmvolk soll zur Hanflegalisierung Stellung beziehen können.
2. Jugendschutz: Legale und kontrollierbare Verkaufsstellen bieten bessere Information und Prävention als der Schwarzmarkt.
3. 500.000 Bürger gelten wegen des Hanfverbots als Kriminelle. Das muss aufhören.
4. Der Handel und der Konsum von Cannabis sind verboten. Folglich decken sich die Konsumentinnen und Konsumenten auf dem Drogen-Schwarzmarkt ein, was erst recht die Kriminalität fördert.
5. Das Verbot nützt nichts, es macht Cannabis für die Jugend attraktiver. Im freizügigen Holland greifen die 15- bis 16-jährigen deutlich weniger zum Joint als im repressiven Schweden. Es braucht also auch in der Schweiz einen neuen Ansatz.
6. Die Jagd nach den Cannabis-KonsumentInnen kostet etwa eine halbe Milliarde Franken pro Jahr und überlastet die Behörden. Eine Legalisierung würde (Ordnungs-)kräfte frei machen.
7. Hanf ist eine uralte Kulturpflanze mit vielen Möglichkeiten. Eine Freigabe wäre eine Chance für die Schweizer Landwirtschaft.
8. Cannabis ist auch ein Heilkraut. Wer es benutzen will, muss es auf dem Schwarzmarkt kaufen. Dies ist unhaltbar."

Weiter Informationen zum Aufruf und Fortschritt der Kampagne unter www.projugendschutz.ch

nicht mehr damit aufhören, sei nicht lernfähig, werde apathisch und breche die Lehre ab. Darauf folgten zwei LeserInnenbriefe; der eine merkte dazu an, seine Lehre mit Bestnoten abgeschlossen zu haben, der andere verwies auf seine Doktorarbeit, mit der er trotz regem Hanfkonsum gut vorankomme.
Das setzte polizeiliche Ermittlungen in Gang. Die beiden SchreiberInnen wurden vorgeladen und erhielten in der Folge Geldstrafen. Darauf hin bekannten sich öffentlich 15 StadträtInnen von Bern zu ihrem Haschischkonsum. Das kollektive Geständnis geht auf eine Solidaritätsaktion von Catherine Weber zurück. Die grüne Stadtparlamentarierin, eigenen Angaben zufolge passionierte Sonntagskifferin, hat unter dem Titel "Solidarität mit den ehrlichen Kiffern" eine öffentliche Erklärung aufgesetzt und von 15 RatskollegInnen unterschreiben lassen.
Das setzte die wiederum Ermittlungen in Gang. Die Sache werde weiterverfolgt, sagte der Sprecher der Berner Stadtpolizei in leicht gereiztem Ton. Immerhin gehe es hier um ein Offizialdelikt, die Behörden müssten somit von Amtes wegen eingreifen.

Anbau im Reihenhaus

Die Hanf-Initiative hat schlußendlich den Bann der Prohibition in der öffentlichen Diskussion gebrochen. Medien bringen laufend Reportagen über den alltäglichen Umgang mit Anbau und Konsum. Beispielsweise wird der Fall einer 61-jährige Managerin geschildert, die seit zwei Jahren in ihrem Garten nicht nur Tomaten und Salat zieht, sondern auch Hanfpflanzen anpflanzt. Aus ihrer Sicht kann sie so das Schlimmste verhindern: Ihr Sohn muß Cannabis nicht bei Dealern kaufen. Sie befürchtet, daß diese den Jugendlichen qualitativ schlechte Ware anbieten und sie zu "anderen, schlimmeren Drogen" verführen würden. Bezieht der Sohn das Cannabis hingegen von der Mutter, behält sie eine gewisse Kontrolle über seinen Konsum. Mit den NachbarInnen hat sie noch nie Probleme gehabt, obwohl sie die Pflanzen im Garten sehen können. Man wisse im Dorf sowieso, welche Jugendlichen kiffen. "Wenn ich Besuch habe, werde ich oft auf den Hanf angesprochen", erzählt sie. Sie erklärt dann, warum sie anpflanzt. Ihre Eigeninitiative sei bis anhin auf Verständnis gestoßen.

Das Ende des Drogenmarktes

Der Ansatz in der Schweiz zielt genau auf diese Linie ab, nicht nur bei Hanf. Seit 10 Jahren gibt es in der Schweiz vereinzelt die kontrollierte Heroinabgabe. Schwer Süchtige werden mit ärztlich verschriebenem Heroin auf Kosten der Krankenkasse versorgt.
In Chur gibt es seit vier Jahren ein Zentrum für die heroingestützte Behandlung. Derzeit werden dort 22 Frauen und Männer aus dem ostschweizer Raum behandelt. DrogentherapeutInnen und die Polizei ziehen eine positive Bilanz. Die Polizei in Chur stellte fest, daß der Straßenhandel mit Heroin praktisch nicht mehr existent ist.

Informationen: www.chanvre-info.ch/info/de/
sowie laufende Berichterstattung in den Tageszeitungen, z.B. www.nzz.ch und www.tagesanzeiger.ch

Jagd in Kürze

Jägerin verletzt Achtjährigen

Ein achtjähriger Bub wurde im Juli bei einem Unfall mit einer Jagdwaffe im Bezirk Grieskirchen am Bauch und am Arm verletzt. Seine 33-jährige Mutter hatte ihr Gewehr aus dem Auto geholt. Die Frau nahm ihre Waffe nach einem Pirschgang im Revier ihres Vaters vom Rücksitz des Autos. Sie die Patrone im Laderaum vergessen. Plötzlich löste sich ein Schuss, der den Autositz und die hintere rechte Tür durchbohrte und schließlich in die betonierte Gartensäule einschlug. Betonsplitter trafen den Bub, der auf einem Spielzeugtraktor saß, am Bauch und am Arm.

Jagd- und Sportschützenclub nervt

Der Jagd- und Sportschützenclub in Hollabrunn nervt die Bevölkerung. Am Wochenende ertönen im ganzen Stadtgebiet Salven. Der Obmann, Karl Buchta, lamentiert über "enorme Summen, die für Schallmessungen ausgegeben worden sind." "Wir haben Dämme aufgeschüttet, Bäume und Sträucher gepflanzt. Was sollen wir noch machen?", so Buchta. Während die Jagd- und Sportkanonen herumballern, wurde der Gendarmerie, die auf dem Gelände üben wollte, eine Abfuhr erteilt. "Gegenüber den Hollabrunnern können wir es uns nicht leisten, dass auch noch unter der Woche gepulvert wird", erklärt Buchta. ÖVP-Sport-Stadtrat Karl Bachmayer appelliert an die "örtlichen Mitbewohner, eine gewisse Akzeptanz für dieses Hobby" aufzubringen.

Tierbefreiungen retten Leben!
Das Projekt: "Befreite Tiere"

Zwischen 5.7 und 10.8 2004 wurden deutschlandweit 177 Hennen aus sog. Legebatterien oder Mastanlagen befreit - ein Projekt stellt sich vor:

TATblatt

Tiere werden in dieser Gesellschaft als Ware betrachtet, als Lebensmittel. Aufgrund des unstillbaren menschlichen Profitstrebens besteht ihr "Leben" einzig aus Schmerz und Qual - bis zu ihrem gewaltsamen Tod. Die industrielle Tierhaltung bedeutet qualvolle Enge, unbeschreibbare Schmerzen und am Ende den Tod von Millionen fühlender Lebewesen. In tausenden Legebatterien und Mastanlagen werden Millionen von Tieren eingepfercht. Ihnen werden sämtliche artspezifische und soziale Kontakte und die Auslebung individueller Bedürfnisse vorenthalten. Sobald Hennen die festgelegte "Legeleistung" aufgrund ihrer völlig zermürbten körperlichen Verfassung nicht mehr erreichen, oder Puten, Enten oder Kaninchen durch die Mast das profitabelste Gewicht erreicht haben, steht allen das Gleiche bevor: ein gewaltsamer Tod im Schlachthof.
Um zumindest einigen Tieren ein Leben frei von menschlicher Gewalt zu ermöglichen, sehen wir es als Notwendigkeit an, sie direkt aus ihrer Gefangenschaft zu befreien.
Seit September 2002 führen wir offene Tierbefreiungen durch, ohne dabei "Sachbeschädigungen" zu begehen.
Jedes gerettete Tier, das zum ersten Mal die Sonne sieht und sich frei bewegen kann, ist das Risiko und den Aufwand wert.

Übrigens, wer geeignete Plätze für befreite Tiere (Hühner, Puten, Enten, Kaninchen,...) in Deutschland oder Österreich (hier nur Hennen) hat und ihnen ein Leben frei von Schlachtung und Leid ermöglichen will, kann sich hier melden:

Projekt Befreite Tiere
c/o Kulturzentrum Druckluft e.V.
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen
info@befreite-tiere.de
tel. 0177/8728265

Weiters sind die Befreiungsaktionen jedes Mal mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Über eine Spende würden wir uns sehr freuen:

Bankverbindung: C. Bierbaum, Kontonr. 272092346, BLZ 44050199 Sparkasse Dortmund

Ein Archiv über alle Tierbefreiungen seit Sept. 2002, sowie Foto- und Videoaufnahmen von den Aktionen gibt es unter:
www.befreite-tiere.de

Buchpräsentation - DEAD MEN WORKING

Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs

05. Oktober 2004, 19 Uhr, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien
07. Oktober 2004, 19 Uhr, Alter Schlachthof, im Beisl, Dragonerstraße 22, 4600 Wels

Die derzeitige Generalmobilmachung gegen den Sozialstaat, die zunehmende Repression gegen Arbeitslose und Ausgegrenzte und die Schaffung eines breiten Sektors von Elendsarbeit sind noch nicht das letzte Wort einer Krisenverwaltung der Arbeits- und Warengesellschaft, die auch in den Weltmarktzentren immer brutalere Züge annimmt. Je klarer zu Tage tritt, dass die rasante Produktivitätsentwicklung immer mehr Arbeit überflüssig macht, desto heftiger klammert sich diese Gesellschaft an die entgegengesetzte Perspektive. Unter der Prämisse "Arbeit schaffen um jeden Preis" werden die Potentiale gesellschaftlichen Reichtums rücksichtslos der kapitalistischen Form geopfert. Die gesellschaftliche Opposition zeigt sich angesichts der immer neuen Zumutungen gelähmt. Aus ihrer Paralyse kann sie nur herausfinden, wenn sie aufhört, die Diktatur von Arbeit und Warenproduktion fraglos zu akzeptieren und stattdessen in ihr das zentrale Problem dieser Gesellschaft erkennt.

www.unrast-verlag.de
www.infoladen-wels.at.tc

Eintritt frei!

Tierbefreiung in Kürze

11.8.04: Das Türschloss der Wohnung von Sankyo Geschäftsführer Walter Helk in der Buchengasse 133/24, 1100 Wien, Tel. 01 6067982, wurde verklebt und mit roter Farbe "SMASH HLS" draufgeschrieben.

in der nacht von 30 auf 31.8 wurde das schloss des lkw einfahrtstores der firma sankyo/effingerg. verklebt. außerdem ziert rote farbe nun die wand und den sankyo schriftzug.

In München gab es am 9. 7. und 2. 8. Demos vor Sankyo. In Holland wurden am 3.7.zwei Autos von Sankyo demoliert und mit Anti-HLS-Slogans versehen.

Zur Erinnerung: Der Japanische Konzern Sankyo ist immer noch Kundin von Huntingdon Life Sciences (HLS). Die Kampagne gegen die japanischen Kundinnen von HLS ist immer noch am Laufen, von ihnen werden 20% aller Tierversuche, die HLS durchführt, in Auftrag gegeben.

Am 24. Juli hat die italienische ALF 210 Hasen aus einer "Versuchstier"zucht nahe Pisa befreit. In ihrem BekennerInnenschreiben erklärten sich die TierrechtlerInnen mit den acht anarchistischen Gefangenen der Gruppe "Il Silvestre" solidarisch. Gegen sie wird wegen verschiedener anarchistischer Aktionen ermittelt, die in den letzten drei Jahren in und um Pisa stattgefunden haben.
"[...] May the freedom gained tonight by these animals we now grab happy in our hands give strength to all those imprisoned for their fight against this system based on killings and exploitation. Solidarity with the activists of Il Silvestre! - Fronte di Liberazione Animale"

fotos von den befreiten hasen auf:
www.directaction.info

Die schwedische Tierrechtlerin Hanna Ekegren ist wieder frei! Im November 2003 wurde sie zu 10 Monaten Haft verurteilt, nachdem sie mit zwei Freunden die Brutmaschinen von Schwedens größter Hühnerbrüterei zerstört und sich danach der Öffentlichkeit gestellt hat.
Mit ihrer Aktion bewahrten sie etwa 54.000 Hühner vor einem traurigen Schicksal.
Zehntausende Hennen werden von der Brüterei täglich ausgeliefert, um ein miserables Leben in irgendeinem Legebetrieb zu fristen.

Mehr Infos über die Gruppe gibt es unter:
www.byebyeegg.com

Ende Juli gab es mehrere Hausdurchsuchungen in Italien. Die Wohnungen von etwa 100 Personen wurden untersucht. Offizielles Ziel dieser großangelegten Polizeiaktion war die Fahndung nach den UrheberInnen verschiedener Sprengstoffangriffe.
4 Personen wurden inhaftiert. Unter ihnen Sergio Maria Stefani, der zu diesem Zeitpunkt gerade unter Hausarrest stand, weil ihm versuchte Brandstiftung an einer Fleischhauerei vorgeworfen wird.
Sergio ist in verschiedene Tierrechts-Kampagnen involviert, u.a. in die Kampagne gegen die italienische Morini-Farm (eine "Versuchstier"zucht, die Hunde und Nagetiere züchtet und an Tierversuchslaboratorien verkauft)
Mehr Infos darüber auf www.de.indymedia.org (Italien: AntiAnarchistische Durchsuchungswelle)
Schreibt den Gefangenen:

Sergio Maria Stefani & Simone Del Moro
&
Cc Regina Coeli
Via della Lungara, 29
00165 Roma (Italien)

Davis Santini
Cc Aosta
Località Les-Iles Brissogne
11020 Aosta (Italien)

Marco Ferruzzini
Cc Poggioreale
Via Nuova Poggioreale, 170
80143 Napoli (Italien)

Rassismus und Staatsgewalt in Kürze I

Am 1. Mai 1999 erstickte Marcus Omofuma während seiner gewaltsamen Abschiebung aus Österreich infolge der Behandlung durch die begleitenden österreichischen Polizisten. Er war im Flugzeug an seinen Sitz gefesselt und sein Mund sowie Teile der Nase mit Klebeband verklebt worden. Die drei Beamten wurden 2002 wegen "fahrlässiger Tötung" verurteilt, die Familie des Getöteten bekam 10.000 Euro Schmerzensgeld zugesprochen.
Im Oktober 2003 errichtete eine Künstlerin eine drei Meter hohe Granit Skulptur neben der Wiener Staatsoper,
vorerst ohne Genehmigung. Die Skulptur fand schließlich im November 2003 einen Platz vor dem Museumsquartier an der Wiener Mariahilfer Straße. Seit dem wurde der Stein wiederholt mit rassistischen Parolen beschmiert und beschädigt. Am 2. 9. wurde der Stein deswegen aktionistisch "temporär verhüllt" um auf diese Beschmierungen und Beschädigungen aufmerksam zu machen.

Am 19. August starb Edwin Ndupu in der Justizanstalt Stein. Zuvor soll er nach einem Streit mit einen Mitgefangenen angeblich einen Justizwachebeamten mit einem Buttermesser bedroht haben. Der so Bedrohte rief insgesamt 12 KollegInnen zu "Hilfe" . Edwin wurde mit Pfefferspray und Schlägen misshandelt, schließlich wurde er fixiert und bekam Beruhigungsmittel gespritzt. Kurz darauf starb er - laut Obduktion führten "multifaktorielle Ursachen" zu einem Herzstillstand.

Fehlende Aufenthaltssicherheit treibt in Apathie

Asylverfahren machen krank

Erst hören sie auf zu essen, dann zu sprechen, und schließlich zu trinken... Mehr als 150 Kinder aus Flüchtlingsfamilien leiden in Schweden unter dieser psychischen Erkrankung ohne Namen. Die Behandlung der Erkrankten wäre einfach, aber...

TATblatt

"Wir produzieren psychische Erkrankungen, die wir dann nicht behandeln können", stellt der schwedische Psychiater Sten Lewander fest. Sechzehn Kinder zwischen vier und siebzehn Jahren liegen völlig apathisch in der kinderpsychiatrischen Klinik von Stockholm: sie reden nicht, sie spielen nicht, essen nicht und trinken nicht. Ein dreizehnjähriges Mädchen aus Tschetschenien hat sogar zu sehen aufgehört. Sie öffnet nicht einmal mehr die Augen...

Gemeinsam ist den Kindern - über Schweden verteilt gibt es noch mindestens 140 weitere mit den gleichen Symptomen - dass sie aus Flüchtlingsfamilien mit mehr als unsicherem Aufenthaltsstatus stammen. Namen hat die Krankheit keinen. Im medizinischen Diskurs wird sie einmal als "das Phänomen", dann als "Kontaktlosigkeit" oder als "flüchtlingsbedingte Apathie" bezeichnet. Göran Bodegard, Arzt an der Stockholmer Klinik, bezeichnet die Erkrankung in einer ersten wissenschaftlichen Veröffentlichung als "partiellen Funktionsverlust". Er beschreibt fünf Kinder, die alle schrittweise zu essen, trinken, reden etc. aufhörten. Und er sucht nach Gemeinsamkeiten im Leben der Kinder: Fluchtgründe, Gewalterfahrungen, ermordete Familienangehörige. Gefunden hat er Familien, in denen oftmals selbst traumatisierte Eltern nicht mehr in der Lage sind, sich um ihre Kinder zu kümmern, geschweige denn die Position der Familie im Asylverfahren zu überblicken und zu gestalten. "Diese Kinder haben aufgegeben", meint eine Psychologin der schwedischen Organisation zur Betreuung von Kindern Rädda Barnen. "Sie wissen nicht, was mit ihnen passiert. Diese Kinder hätten Hilfe gebraucht, wie sie gekommen sind. Doch sie werden erst behandelt, wenn sie ausgewiesen werden sollen." Eine zwölfjährige Patientin der Klinik war schon seit ihrer Flucht aus Mazedonien bzw. ihrer Ankunft in Schweden mehrmals in psychiatrischer Behandlung. Richtig ernst wurde ihr Zustand jedoch erst mit der Ablehnung des Asylantrags. Das Mädchen verfiel zunehmend in Apathie.

Die überwiegende Mehrzahl der betroffenen Kinder - aber nicht alle - finden zurück in ein normales Leben, wenn die Familie ein gesichertes Bleiberecht erhält. Für die schwedische AusländerInnenbehörde "Migrationsverket" kann dies jedoch kein Grund sein, ein Aufenthaltsrecht zu verleihen. Immerhin aber wird gegenwärtig versucht, Verfahrensformen zu entwickeln, mit denen Probleme rechtzeitig erkannt und Erkrankungen verhindert werden können - was immer das auch heißen soll.

Die Einstellung der AusländerInnenbehörde zeigt jedoch einen Gesinnungswandel an. Nachdem eine schwedische Tageszeitung erstmals über apathische Flüchtlingskinder berichtet hatte, war den Betroffenen Simulation unterstellt worden. Dies sei jedoch, so erklären PsychologInnen wie ÄrztInnen unisono, völlig undenkbar. Kein Kind könne wochen-, ja monatelang in der selben Position im Bett liegen, nichts essen, nichts sprechen; kein Kind könne schließlich die unangenehme und auch schmerzhafte Einleitung einer künstlichen Ernährung apathisch über sich ergehen lassen. Und erstaunlicherweise tritt die Erkrankung niemals bei Kindern auf, die ohne Begleitung flüchten mussten bzw. die ohne Begleitung Schweden erreichten. Insbesondere diese Erkenntnis bestärkte die behandelnden ÄrztInnen und

> "Diese Kinder hätten Hilfe gebraucht, wie sie gekommen sind. Doch sie werden erst behandelt, wenn sie ausgewiesen werden sollen." Guhn Godani - Kinderpsychologin

PsychologInnen in der Annahme, dass die Ursache der Erkrankung primär in Form und Ablauf des Asylverfahrens selbst gelegen ist: Unbegleitete Minderjährige finden in Schweden in jedem Fall Aufnehme und Betreuung. Sie können vor allem nicht abgeschoben werden. Die Situation der Familien unterscheidet sich von der unbegleiteter Minderjähriger erheblich: Sie haben weder über automatisches Bleiberecht noch erhalten sie eine vergleichbare Betreuung.

"Das Teuflische ist, dass die Symptome psychischer Natur sind, aber der Schlüssel zur Hilfe und zum Gesunden für diese Kinder ganz woanders liegt", meint der Psychologe Andreas Tunström. "Die Familien wollen Sicherheit, sie wollen Asyl. Darum geht es auch den Kindern."

Im Zuge der öffentlichen

Diskussion über den Vorwurf der Simulation wandten sich behandelnde ÄrztInnen und PsychologInnen an KollegInnen in ganz Europa mit der Bitte um Weitergabe von Erfahrungen mit apathischen Flüchtlingskindern. Erstaunliches Resultat: In keinem Land sind Flüchtlingskinder mit partiellem Funktionsverlust bekannt, weshalb in der Folge nach

"Die Familien wollen Sicherheit, sie wollen Asyl. Darum geht es auch den Kindern." Andreas Tunström - Psychologe

schwedischen Spezifika als Ursache gesucht wurde. Etwa nach klimatischen Ursachen, nach geographisch bedingtem Lichtmangel und Ähnlichem.

Während ein Teil der WissenschafterInnen noch sucht, haben andere bereits eine Erklärung gefunden: In Schweden haben alle Flüchtlinge unabhängig ihres Aufenthaltstitels Zugang zu medizinischer Versorgung. Sie müssen bei Inanspruchnahme einer medizinischen Leistung nicht befürchten, in Schubhaft genommen oder abgeschoben zu werden. Dies wird den Betroffenen auch gleich bei ihrer Ankunft vermittelt. Anders als in Österreich, wo zum einen nicht alle Flüchtlinge Zugang zu medizinischer Versorgung haben und dies zum anderen jenen, die Zugang hätten, auch nicht offensiv vermittelt wird, werden in Schweden also Erkrankungen und ihr statistisches Auftreten in ganz anderer Weise - vollständiger - wahrgenommen.

Von den Behörden wahrgenommen, sollte es vielleicht besser heißen: Denn bereits der Jahresbericht 2001 des Vereins Hemayat zur Bertreuung von Folter- und Kriegsüberlebenden zeichnete in mehreren Beiträgen die Rahmenbedingungen psychischer Erkrankungen von Flüchtlingskindern nach und stellt für diese in Österreich ein überdurchschnittliches Erkrankungsrisiko fest. Eine 1999 fertiggestellte Diplomarbeit an der Universität Osnabrück über psychische Erkrankungen bei MigrantInnen wies nach Auswertung der Daten mehrerer psychiatrischer Kliniken nach, dass gerade Flüchtlingskinder ein überraschend hohes Risiko zur psychischen Erkrankung haben. Besonders hervorstechend: Über 90% der Flüchtlingskinder, die psychisch erkrankten, waren gesund nach Deutschland gekommen. Bei mehr als 70% der erkrankten Kinder wurde die Erkrankung erst nach mehr als sechs Monaten Aufenthalt im Zielland diagnostiziert. Die daraus resultierende einfache Erkenntnis, dass MigrantInnen ebenso wie alle anderen Menschen ein angeborenes und unveräußerliches Recht auf Sicherheit haben, ist jedoch weder von den österreichischen noch den deutschen Behörden zu erwarten...

Die Informationen in diesem Beitrag stammen im Wesentlichen aus:
- Reinhard Wolff, "Das Kind rührt sich nicht mehr". In: taz, 3. August 2004, Seite 4
- Verein Hemayat (hg.), Jahresbericht 2001, www.hemayat.org
- Dr. Andrea Rieken, Migration und psychiatrische Erkrankungen - Aussiedler und Spätaussiedler im Niedersächsischen Landeskrankenhaus Osnabrück: 1990-1996, Osnabrück 1999
- UNHCR (hg.), Flüchtlingskinder - Richtlinien zu ihrem Schutz und ihrer Betreuung, www.unhcr.at

Rassismus und Staatsgewalt in Kürze II

Fritz Knotzer, SP-BürgerInnenmeister von Traiskirchen, der bereits Ende Juli mit der Aussage "Die Räuber und die Dealer sind die Neger, die anständigen Asylwerber sind die Schwarzafrikaner." seine xenophobe Einstellung unter Beweis stellte, zeigte Kontinuität. Während des August über wurden in Traiskirchen Unterschriften gegen das Asyllager gesammelt, Ende August schließlich forderte er sogar den Einsatz des Bundesheeres, um das Asyllager "abzusichern".

Anfang Februar erstattete eine Insassin des Lagers Anzeige wegen Vergewaltigung gegen den Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsunternehmens im Lager. Die Staatsanwaltschaft Wr. Neustadt hatte das Verfahren ohne Angabe von Gründen eingestellt, nun entschied das Wiener Oberlandesgericht, dass der Fall vor einem Schöffengericht zu verhandeln sei.

Anfang Jänner wurde ein rumänischer LKW-Fahrer in Wien von Polizisten erschossen, nachdem er nach einer "Amokfahrt" von PolizistInnen gestoppt worden war. Der Mann bedrohte angeblich die PolizistInnen mit einen Messer. Als als er auf einen der BeamtInnen zulief, erschoss ihn ein weiterer Beamter. Während gegen den Todesschützen gerichtliche Vorerhebungen wegen fahrlässiger Tötung im Laufen sind, wurde vor dem Unabhängigen Verwaltungssenat in Wien die Amtshandlung für rechtswidrig erklärt.

Anfang August wurde ein 17-jähriger Asylwerber in Wien bei einem Einbruchsversuch von der Polizei überrascht. Auf der Flucht sprang er durch ein geschlossenes Stiegenhausfenster und stürzte 14 Meter in den Tod. Das Asylverfahren des 17-Jährigen wurde in der ersten Instanz abgelehnt. Er war zuerst im Asyllager Trauskirchen untergebracht, wurde bis zwei Wochen vor den Einbruchsversuch in Wien betreut und dürfte danach obdachlos gewesen sein.

Quellen: no-racism.net, div

AbtreibungsgegnerInnen auf dem Vormarsch?
Interview mit SLP-Frauensprecherin

In den letzten Jahren stehen auch in Österreich organisierte AbtreibungsgegnerInnen wieder vermehrt in der Öffentlichkeit. Zu dieser Entwicklung und vor allem auch zum Widerstand, der sich dagegen formiert und von dem im TATblatt in den vergangenen Jahren immer wieder zu lesen war, haben wir mit Claudia Sorger, der Frauensprecherin der SLP (Sozialistische Links Partei), ein Interview geführt.

Frage: Am Beginn eurer Kampagne stand ja die Auseinandersetzung um die Mairo/Lucina-Klinik, einer Abtreibungsklinik im 2. Bezirk, die damals massiv von den "LebensschützerInnen" von "Pro Life" bedroht worden war. Zwischenzeitlich musste die Klinik in Konkurs gehen und wurde geschlossen. Hat die Kampagne um die Klinik im Rückblick dennoch auch was positives gebracht? Was würdet ihr nicht mehr so machen?

Antwort: Seit dem "Marsch für das Leben" 1997 organisieren wir Protestkundgebungen und Diskussionsveranstaltungen zu diesem Thema und dokumentieren die Aktivitäten des "Pro Life"-Netzwerkes. Seit 2001 haben wir diese Kampagne auch zur Verteidigung der Lucina-Abtreibungsklinik geführt, nachdem diese zu einem Hauptangriffsziel der radikalen AbtreibungsgegnerInnen geworden ist. Dass diese Klinik mittlerweile geschlossen werden musste, ist sicher als Niederlage zu bewerten. Ohne unsere Kampagne hätte die Tatsache, dass das Recht auf Schwangerschaftsabbruch so massiv angegriffen wird, allerdings nie eine derartige Aufmerksamkeit bekommen. Dass die SPÖ-Regierung in Wien aufgrund des wachsenden Drucks gezwungen war, die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche zu senken, ist einer der Erfolge unserer Kampagne. Ein weiterer Erfolg ist sicher, dass uns vor Gericht der Wahrheitsbeweis gegen HLI gelungen ist und es damit gerichtlich bestätigt ist, dass HLI Terror macht. Ein Fehler war, dass wir zu lange damit gewartet haben, aktiv die AnrainerInnen im 2. Bezirk einzubinden und gegen HLI (Human Life International) zu mobilisieren. Damit hätten wir schon früher, also zu einem Zeitpunkt wo es noch möglich gewesen wäre, die Klinik zu retten, mehr Druck erzeugen können. Vielleicht hätten sich dann auch andere linke Gruppen stärker an der Kampagne beteiligt.

Frage: Wer außer der SLP war noch an der Kampagne um die Klinik beteiligt? Was für ein Feedback habt ihr speziell von anderen linken Gruppen erhalten? Habt ihr das Gefühl, dass in der Linken die Bedrohung durch AbtreibungsgegnerInnen ausreichend thematisiert wird?

Antwort: Ich glaube, dass die Bedrohung durch die radikalen AbtreibungsgegnerInnen in der Linken enorm unterschätzt wird. Die Angriffe auf den Schwangerschaftsabbruch werden nach wie vor als Randthema wahrgenommen. Wenn wir uns die Entwicklung in den letzten Jahren ansehen, dann fällt auf, dass die Angriffe auf dieses Frauenrecht zugenommen haben und das nicht nur von der Quantität sondern auch von der Qualität der Angriffe. Es haben sich immer wieder Leute aus anderen linken Gruppen und autonome Frauen an der Kampagne zur Verteidigung der Klinik beteiligt. Auch die Grünen haben sich einige Male an Aktionen teilgenommen. Verantwortlich organisiert wurde es hauptsächlich von der SLP und es ist schade, dass kein breiteres Bündnis - auch unter Einbeziehung der Gewerkschaft - zustande gekommen ist, denn das wäre absolut notwendig gewesen. Für uns war es eine enorme Belastung über 3 Jahre, die Kampagne am laufen zu halten, und jeden Monat Kundgebungen abzuhalten. Aber die Sache ist ja leider nicht vorbei. Der Vormarsch der radikalen AbtreibungsgegnerInnen geht weiter und wir dürfen das Thema nicht nur beschränkt auf den Schwangerschaftsabbruch sehen. Es geht um den umfassenden Versuch, Frauenrechte einzuschränken und ein Klima zu erzeugen, in dem sich Frauen schlecht fühlen sollen, wenn sie für ihre eigenen Bedürfnisse eintreten und sich nicht selbst als Opfer sehen.

AbtreibungsgegnerInnen geht weiter und wir dürfen das Thema nicht nur beschränkt auf den Schwangerschaftsabbruch sehen. Es geht um den umfassenden Versuch, Frauenrechte einzuschränken und ein Klima zu erzeugen, in dem sich Frauen schlecht fühlen sollen, wenn sie für ihre eigenen Bedürfnisse eintreten und sich nicht selbst als Opfer sehen.

Frage: Neben den eher bekannten, sehr radikalen Gruppen wie HLI gibt es ja auch andere Gruppen wie zum Beispiel den

"Verein Sonnenstrahl" oder die "Aktion Leben". Gibt es da wesentliche Unterschiede in der Zielsetzung dieser Gruppen oder beschränken sich die Unterschiede lediglich auf deren öffentliches Auftreten? Welche wichtigen Gruppen gibt es zur Zeit neben HLI?

Antwort: Der Verein Sonnenstrahl ist nicht in der Öffentlichkeit präsent und stellt sich - zumindest auf ihrer Website als Selbsthilfegruppe dar. Was sie mit HLI gemeinsam haben ist, dass sie Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch hatten, gerne als hilflose Opfer definieren, denen Leid zugefügt wurde. Diese Frauen mag es durchaus geben, nur haben solche Probleme nichts dem Schwangerschaftsabbruch an sich zu tun, sondern betreffen Frauen, denen - in welcher Form auch immer - Gewalt angetan wurde. Durch die Organisationen radikaler AbtreibungsgegnerInnen wird diesen Frauen nochmals Gewalt angetan, weil sie für deren Propaganda instrumentalisiert und missbraucht werden. Sie werden - so passiert in Salzburg durch die ÖVP-Familienlandesrätin Doraja Eberle - vorgeführt, um als Argument gegen das Recht auf Abtreibung herzuhalten. Bei Aktion Leben sieht die Sache anders aus. Diese Organisation hat 1975 noch das Volksbegehren zur Aufhebung der Fristenlösung organisiert. Mittlerweile wird die Fristenlösung von ihnen nicht mehr in Frage gestellt und sie definieren sich als Beratungsstelle und distanzieren sich deutlich von Organisationen wie HLI. Neben HLI ist "Jugend für das Leben" die wichtigste Organisation von radikalen AbtreibungsgegnerInnen. Die Verbindung zu HLI zeigt sich unter anderem dadurch, dass sie die HLI-Zentren auf ihren Foldern bewerben und die gleich Propaganda verwenden, vom notwendigen Verbot der Abtreibung und der Ablehnung aller Verhütungsmittel bis zur Heraufbeschwörung des "Post Abortion Syndroms".

Frage: Es scheint doch so, dass zumindest PolitikerInnen aus der "ersten Reihe" von ÖVP und FPÖ, öffentlich nicht direkt das Recht auf Abtreibung in Frage stellen. Wie würdet ihr den Einfluss von AbtreibungsgegnerInnen wie HLI auf die Regierungsparteien und deren Politik einschätzen?

Antwort: Es kommt doch immer wieder durch, wie sie in Wirklichkeit dazu stehen. Schüssel hat erst im Mai letztes Jahr im Rahmen der Stadtmission gesagt, "Abtreibung ist eine Bedrohung, welche ein Hinschauen und Einmischen notwendig macht." Haupt hat ziemlich bald nach dem Regierungsantritt 2000 vorgeschlagen, dass Männer ein Mitsprachrecht bei Abtreibungen bekommen sollen. Jetzt tritt die ÖVP-Familienlandesrätin Eberle in Salzburg sehr offen gegen das recht auf Abtreibung auf und hat sich den HLI-Chef Fischer sogar zu einer "Expertenrunde" eingeladen. Vinzenz Liechtenstein, ÖVP-Nationalratsabgeordneter hat am Abschlussempfang einer "Jugend für das Leben"-Tour teilgenommen. Der FPÖ-Volksanwalt Stadler bezeichnete Abtreibung in einem Profil-Interview als "die größte Menschenrechtsverletzung in Österreich". Die personellen und ideologischen Verbindungen kommen also immer wieder zum Vorschein. Unterschätzt werden darf aber auch nicht die massive Unterstützung, die HLI seitens der katholischen Kirche bekommt. So hat beispielsweise der Wiener Erzbischof Schönborn die Kapelle eingeweiht, die sich direkt über dem OP der Lucina-Klinik befunden hat.

Frage: In dem Sommer gab es ja eine große Diskussion um Abtreibungen in der Öffentlichkeit, ausgelöst von der Salzburger Landeshauptfrau. Warum haben sich SPÖ und Grüne da mit Forderungen in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren so zurückgehalten? Wie müssten eurer Meinung gesetzliche Rahmenbedingungen für Abtreibungen im Sinne von Frauen verändert werden?

Antwort: Wir hatten immer wieder Diskussionen mit Vertreterinnen von Grünen und SPÖ. Die Grünen haben sich zumindest auf lokaler Ebene mit dem Thema beschäftigt und sich eingebracht. Da hatte ich aber auch den Eindruck, dass das Engagement von einigen Bezirks- und Gemeinderätinnen von höherer Ebene keine Unterstützung gefunden hat. Bei der SPÖ war das anders. Hier wurde auf Wiener Ebene klar signalisiert, dass es keinen Willen zum politischen Auftreten gegen die Aktivitäten der radikalen Abtreibungs-gegnerInnen gibt. Argumentiert wurde dies mit den nicht vorhandenen Möglichkeiten auf rechtlicher Ebene. Die Wiener SPÖ scheint sich außerdem darauf auszuruhen, dass die Preise für Schwangerschafts-abbrüche in den Gemeinde-spitälern gesenkt wurden. Dass diese Möglichkeiten nicht ausreichen, Frauen daher auf Privatkliniken angewiesen sind und weiter dem Terror von HLI ausgesetzt sind, scheint sie weniger zu interessieren. Wir sehen es als Versagen der österreichischen Gesundheits- und Frauenpolitik, dass nach dem Inkrafttreten der Fristenlösung keine öffentlichen Einrichtungen geschaffen wurden, sondern diese Aufgabe privaten Anbietern überlassen wurde. Wir fordern Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein, der in öffentlichen Frauengesundheits-zentren angeboten werden soll.

Wir sehen es als Versagen der österreichischen Gesundheits- und Frauenpolitik, dass nach dem Inkrafttreten der Fristenlösung keine öffentlichen Einrichtungen geschaffen wurden, sondern diese Aufgabe privaten Anbietern überlassen wurde.

Frage: Wie schaut die rechtliche Situation bei eurer Kampagne konkret aus? Ihr habt ja letztes Jahr im Sommer in erster Instanz gegen HLI gewonnen, nachdem ihr wegen "Übler Nachrede" geklagt worden seid. Hat sich diesbezüglich seitdem was getan? Gibt es andere Klagen, die noch anhängig sind?

Nachdem die Klage gegen mich im Juli 2003 vom Landesgericht Wien in allen Punkten zurück-

gewiesen wurde, ist der Anwalt von HLI in Berufung gegangen. Das Urteil ist dann vom Oberlandesgericht im März 2004 bestätigt worden. Dieses Urteil stellt einen großen Erfolg dar, weil im Zuge des Verfahrens ausreichend bewiesen worden sit, dass HLI Terror und Psychoterror gemacht hat, dass Frauen beschimpft und am Betreten der Klinik gehindert wurden, dass Morddrohungen verbreitet wurden und dass HLI Lügenpropaganda verbreitet hat. Das Verfahren hat bestätigt, dass wir es nicht mit harmlosen "Lebensschützern" zu tun haben, sondern mit reaktionären, frauenfeindlichen Fundamentalisten, deren Methoden bis ins Kriminelle reichen. So hat beispielsweise eine Zeugin ausgesagt, dass sie in einem HLI-Zentrum gegen ihren Willen festgehalten wurde.

Frage: In der ehemaligen Mairo/Lucina-Klinik will HLI nun ja ein "Babycaust -Museum" einrichten. Die Bezirksvorstehung scheint da alles zu tun, um sich diesbezüglich nicht zu positionieren. Hat sich da mittlerweile schon was getan? Wie schaun da eure nächsten Schritte aus?

Antwort: Das Museum ist bereits eingerichtet. HLI hat ja dafür die gesamte Einrichtung der Lucina-Klinik ersteigert, um sie dort auszustellen. Als diese Pläne bekannt wurden, haben wir begonnen, im 2. Bezirk Unterschriften zu sammeln und haben sie noch vor dem Sommer an den Bezirksvorsteher übergeben. Die Bezirksvorstehung hat darauf hin einen Allparteien-Antrag beschlossen, in dem sie sich gegen das Babycaust-Museum aussprechen. Davon versprechen wir uns nicht allzu viel. Sollte dieses Museum tatsächlich eröffnet werden und davon ist auszugehen, wird es notwendig sein, dass wir breiten Widerstand organisieren!

Das TATblatt bedankt sich für das Interview und erlaubt sich abschließend darauf hinzuweisen, dass es von der SLP auch eine Broschüre zum Thema gibt. Diese ist über www.slp.at erhältlich.

Antifa in Kürze

Wunsiedel

Bericht zu der alljährlichen Neonazi-Demonstration in Wunsiedel, Bayern, zum Gedenken an den Hitler Stellvertreter Rudolf Hess am 21. August: Hess hat sich 1987 im Gefängnis Berlin-Spandau das Leben genommen, danach wurde er in Wunsiedel begraben. Jährlich treffen sich dort Alt- und Neonazis aus ganz Europa um ihm zu gedenken.
Dieses Jahr trafen sich nach verschiedenen Angaben 3000 bis über 5000 FaschistInnen, es fanden zwei Gegenkundgebungen mit insgesamt 400 Menschen statt, und es kam zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und Neonazis. Ein Bus mit AntifaschistInnen wurde während einer Kontrolle durch die Polizei von Neonazis mit Steinen beworfen, mehrmals versuchten Gruppen von Neonazis die beiden Gegenkundgebungen anzugreifen und zu stören. Im Vorfeld wurde ein anreisender Kleinbus mit Neonazis angeblich in einer gefakten Kontrolle von AntifaschistInnen gestoppt und - nachdem die InsassInnen in einen Wald gejagt wurden - angezündet.

Jugend Echo in Bayern beschlagnahmt

Aufgrund der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurde die aktuelle Ausgabe des Jugend Echos von bayrischen Behörden beschlagnahmt. Bei der Neonazi-Demonstration im Andenken an Rudolf Heß in Wunsiedl wurden am 21. August zwei Personen, die die inkriminierte Ausgabe verteilt hatten, verhaftet.
Es kam zu insgesamt 110 Festnahmen, davon 74 Personen aus dem "rechten Spektrum", wegen Waffenbesitzes, Vermummung und des Besitzes von NS Symbolen. Unter den Festgenommenen waren auch zwei Aktivisten oberösterreichischen BfJ (Bund freier Jugend - hervorgegangen aus AfP-Jugend). Sie wurden wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen festgenommen, da die von ihnen verteilte Zeitung "Jugend Echo" eine entflammte "Lebensrune" auf der Titelseite zeigt.
Die Algiz-Rune hatte im älteren Futhark den Lautwert z und soll für Elch, Schutz, Abwehr, Geleit u. ä. gestanden haben. Im sog. Armanen Futhark, das der völkische Esoteriker Guido von List Ende des 19. Jh. erfand, taucht das Zeichen als sog. Man-Rune auf. Sie trägt den Lautwert m und die ihr zugeschriebenen Bedeutungen kreisen um so unterschiedliche Begriffe wie "Mensch, Magie und Mond".
Im Nationalsozialismus wurde die Rune entgegen ihrer ursprünglichen Bedeutungen als "Lebensrune" interpretiert, die das menschliche Leben symbolisiert. Sie war ein Dienstrangabzeichen des SA-Sanitätswesens und stand auf Gräbern von SS-Angehörigen als Zeichen für das Geburtsdatum. Apotheker führten die Rune in ihrem Hauszeichen und die NS-Frauenschaft, das Deutsche Frauenwerk und der Reichsbund Deutsche Familie verwendeten sie als Kennzeichen. "Selbst die Reichsgesundheitsführung versinnbildlichte die gesundheitsfördernde Wirkung des Vollkornbrotes durch die Man-Rune" - so die Recherchen von Frauke Stuhl (1). Als Pendant zur "Lebensrune" deuteten die NS-EsoterikerInnen die Yr-Rune aus dem jüngeren Futhark bzw. dem Armanen Futhork zur "Todesrune" um. Sie wurde dementsprechend z. B. auf Gräbern für das Todesdatum benutzt." (www.ida-nrw.de)

Quellen: indymedia. De, Nadir.org

Achtung, Demo!

Am 9. Oktober gibt es in Linz übrigens eine Demo gegen den BFJ. Näheres solltet ihr unter www.stopbfj.org erfahren.

Diverses in Kürze

Wäsche für den Klan

"Das kleine Frauchen war bei einer Tupperware-Party. So mußte ich selbst waschen. Ich bin nicht daran gewöhnt Wäsche zu waschen, und sie sagen, das ist passiert, weil ich nicht das Weiße vom Farbigen getrennt habe", erzählte Arnie Stevens. Stevens ist Mitglied des Ku-Klux-Klan und wurde aus einer Klan-Demo in Oklahoma geworfen, weil sein Gewand rosa war. Stevens deutete das rote Leiberl in seiner Wäsche als Zeichen Gottes, daß "Trennung ein Stil bei der Wäsche wie im Leben ist". Gegenüber einem Reporter führte er weiter aus: "Ich kann nichts daran ändern, welche Farbe mein Umhang hat. Es ist das Innere, das zählt."

Pernitz: Heim für Asylsuchende abgewehrt

Das Rote Kreuz wollte im ehemaligen Erholungsheim Feichtenbach in Pernitz, NÖ, Flüchtlinge unterbringen. Der Pernitzer Gemeinderat wehrte die Anfrage jedoch ab. "Wenn wir zugestimmt hätten, wäre es bei uns zu einem Volksaufstand gekommen", so Bürgermeisterin Frieda Rauchegger. Bei dieser Größenordnung sei eine Flüchtlingsunterbringung gegenüber den BürgernInnen nicht vertretbar. Noch so ein Ort, wo man nicht hinfährt.

Amoklaufender Kleinbürger, Grüne für Verprügeln Schuldiger

Stefan Schneider, Fotohändler in Baden, hat seine Angestellten mit Baseball-Schlägern ausgerüstet, um EinbrecherInnen und Ladendiebe abzuschrecken. Außerdem will er Verdächtige mit Digitalkameras fotografieren.
Wie häufig in solchen Fällen reagiert die Polizei noch am vernünftigsten. Chefinspektor Leopold Habres von der Stadtpolizei: "Ich rate dringend ab vor solchen Selbsthilfe-Maßnahmen. Wir Polizisten haben nichts davon, wenn einer den wilden Mann spielt. An falschem Heldentum sind wir nicht interessiert."
Während auch dem Tourismusdirektor von Baden einigermaßen mulmig ist, rastet der Stadtmarketing-Obmann Christian Prokopp gleich mit aus: "Fakt ist, dass Ladendiebstähle zunehmen und für manche Einzelhändler bereits bedrohliche Ausmaße annehmen. Man müsste einmal hergehen und ein paar dieser Damen und Herren, die dauernd stehlen, härter anfassen."
Die Vorsitzende der örtlichen Grünen Helga Krismer empfiehlt: "Ich glaube nicht, dass Herr Schneider das Recht hat, jemanden zu verprügeln. Sinnvoll wäre es, gemeinsam mit dem Wirtschaftsreferat darüber nachzudenken, wie man die Geschäfte sicherer machen kann. Ich warne Herrn Schneider davor, jemanden zu verhauen, der nichts gestohlen hat."
Wenn nicht Unschuldige, dann schon Schuldige zu verprügeln, das mag im Gegensatz zu den Grünen nicht einmal Wirtschaftskammer-Obmann Heinrich Schönbeck: "Selbsthilfe-Aktionen sind sehr, sehr gefährlich. Deshalb glaube ich nicht, dass es sehr gescheit ist, wenn sich ein Geschäftsmann bewaffnet. Außerdem ist die Keule an sich eine Inkarnation der brutalen Gewalt."
Badens Bürgermeister August Breininger übt sich in Verharmlosung: "Ich glaube, die ganze Aktion war g'spaßig gemeint. Alles andere wäre für mich nur sehr schwer vorstellbar."

Öko in Kürze I

Grüne für Abschlachten von Robben

Die Grünen Kanadas unterstützen das Abschlachten von einer Million Robben pro Jahr. Diese "Jagd" fand heuer unter eingeschränkten Protesten in einem Ausmaß wie nie zuvor statt. Eingeschränkt waren die Proteste u.a. deswegen, weil das kanadische Gesetz zum Schutz der Robben einschränkt, daß niemand das Abschlachten filmen und sich den Jägern nähern darf.
Wie gesagt, die kanadischen Grünen unterstützen seit 2002 per Parteibeschluß das Massaker. Nach Demonstrationen vor ihrem Parteisitz könnte es eventuell zu einer Revision dieses Beschlusses kommen, meinte ein Parteisprecher.

Kontaktlinsen für Eule

Dr. Chris Murphy, Tierärztin an der University of Wisconsin-Madison in den USA, setzte einer Eule in einer zweistündigen Operation erfolgreich Kontaktlinsen ein. Zwei BiologInnen hatten die Eule halb verhungert gefunden. Die Tierärztin stellte schlechtes Sehen als Ursache dafür fest, daß die Eule drei Tage auf einem Pfosten gesessen hatte und nicht jagte. Ein paar zusätzliche Medikamente und die Eule wurde im April wieder freigelassen.

UK: Armeeeinsatz in Oxford?

Nachdem die Cambridge University wegen starker Proteste den Bau eines neuen Tierlabors aufgegeben hatte, ist nun ein Neubau in Oxford im Gange. Doch auch die dortige Baufirma hat mittlerweile den Vertrag gekündigt, die Baustelle liegt verwaist da. Innenminister Blunkett erwägt nun den Einsatz der Armee zum Schutz der Baustelle. Die Oxford University als Auftraggeber hat jedoch solche Pläne dementiert. Es wäre für Oxford auch sicher sehr unangenehm, wenn Studierende aus aller Welt den Eindruck bekämen, in Derry statt in einer noblen englischen Universitätskleinstadt zu sein.

Infos: www.speakcampaigns.org.uk

much a do about nothing?
Surprise, surprise...

Eine grundlegende Änderung der US-Politik unter einem Präsidenten John Kerry wäre - gelinde gesagt - ein Überraschung. Eine Überraschung wäre jedoch auch, wenn Kerry überhaupt gewinnen würde. Die US-"Linke" bastelt bereits an Erklärungen für den Bush-Sieg; und kommt dabei - wie könnte es anders sein - nicht ohne Verschwörungstheorien und einem Touch von Antisemitismus aus.

TATblatt

Walden O´Dell macht aus seinem Herzen keine Mördergrube: Er stehe dazu, dass er die Republikaner unterstütze. Abstreiten hätte er seine Unterstützung für George W. Bush wohl kaum können, denn immerhin hat er höchstpersönlich für den religiösen Spinner im weißen Haus Wahlkampfspenden gesammelt. So viele, dass er im präsidentiellen Kindergarten den Titel "Pionier" tragen darf, wenn er die Bush-Ranch besucht (weniger erfolgreiche Spendensammler müssen sich mit dem Titel "Ranger" begnügen). Als einer der ganz besonders fleißigen und tüchtigen Bush-WerberInnen versprach O´Dell in einer Einladung an potentielle weitere Bush-UnterstützerInnen, er habe sich "darauf verpflichtet, alles zu tun, damit Ohio seine Wahlmänner-Stimmen dem Präsidenten liefert". Eine Selbstverpflichtung, die US-weit für Aufregung sorgt: Walden O´Dell ist nämlich CEO von Diebold Inc., einer der drei führenden Wahlmaschinenproduzenten der USA. Und wie es der Teufel so will, sollen in Ohio Wahlmaschinen der Marke Diebold zum Einsatz kommen. Hardware, Programme, Systemadministration, Wartung und vor allem die Betreuung der Geräte am Wahltag sowie bei der "Auszählung" werden Diebold allein in Ohio um $ 161 Mio. reicher machen.

Das Geschäft mit den WählerInnenstimmen

Doch nicht nur Diebold Inc. rudert im republikanischen Fahrwasser: An der bisher marktführenden Firma "Election System & Software" hält ein ehemaliger republikanischer Senator aus Nebraska erhebliche Anteile. Bis zu seinem Einstieg in die Politik 1996 war Senator Chuck Hagel sogar CEO der E,S & S Vorgänger-Firma. Und Chuck Hagel wurde 2002 auf Wahlmaschinen der Marke E,S &S wieder gewählt...

Um die ganze Sache für die bekannt Verschwörungstheorie-freundlichen US-Linke vollends rund werden zu lassen, gibt´s noch die Nummer drei am Markt: Die Firma Sequoia, der Carlyle-Gruppe zugehörig, die - dank Präsidenten-Papa Bush im Vorstand - nach der Halliburton-Gruppe die meisten Aufträge im Zuge des Irak-Krieges lukrieren konnte. Mehr als ein Drittel aller WählerInnenstimmen Floridas (wo George W.´s kleiner Bruder Gouverneur ist) wurden im Jahr 2000 auf Sequoia-Geräten abgegeben.

Überraschend an diesen Fakten ist vor allem, dass sie Michael Moore nicht in seinen Film Fahrenheit 9/11 eingearbeitet hat. Dennoch gibt es einen wesentlichen demokratiepolitischen Aspekt, der nicht nur deklarierte Bush-GegnerInnen Runzeln in die Stirn treibt: Die Dinger funktionieren einfach nicht. Zwar erscheinen die neuen Wahlcomputer auf erstem Blick sehr benutzerInnenfreundlich mit buntem Interface und Touchscreen, bei Probeläufen und im Zuge der Vorwahlen produzierten sie jedoch mehr Fehler als richtige Ergebnisse. Bei den demokratischen Vorwahlen in Florida konnte das Computersystem einem Wahlkreis einen einzigen Wähler zuordnen, in einem anderen gingen 30% der Stimmen verloren. Da kein Papierausdruck vorhanden war, konnte auch nicht händisch nachgezählt werden. In Bay County gewann Richard Gephart die Vorwahl, obwohl er gar nicht (mehr) zur Wahl stand. Bei der Gouverneurswahl in Florida 2002 verliefen sich mit 8% gleich doppelt so viele Stimmen im inzwischen virtuell gewordenen Nirgendwo wie noch 2000 mit den ordinären Lochkarten.

Stimmendesaster

Die "New York Times" hat inzwischen den "Demokratienotstand" ausgerufen, die "Washington Post" bezeichnet die Lage als "recht peinlich für ein Land, das sich für den Weltmeister in Technologie und in Demokratie hält".

Aber nicht nur in Florida funktionieren die Wahlcomputer schlecht: In Bernalillo, New Mexico, verzeichneten die Computer 36.000 abgegebene Stimmen, obwohl 48.000 Bürger zur Wahl gegangen waren. Bei Arnold Schwarzeneggers Sieg in Kalifornien gingen 384.427 Stimmen verloren; gleichzeitig verbuchten 21 Wahlkreise mehr Stimmen als registrierte Wähler. In Dallas, Texas, speicherten 18 Maschinen sämtliche Stimmen für die Demokraten als Stimmen für die Republikaner. Im texanischen Wahlkreis Comal vereinigten drei Kandidaten die gleiche

Stimmenzahl auf sich: 18.181. Dem Wahlleiter blieb nichts anderes übrig, als das Ergebnis zu akzeptieren und treuherzig von einem "großen Zufall" zu sprechen.

Die "New York Times" hat inzwischen den "Demokratienotstand" ausgerufen, die "Washington Post" bezeichnet die Lage als "recht peinlich für ein Land, das sich für den Weltmeister in Technologie und in Demokratie hält". WissenschaftInnen der Johns Hopkins Universität untersuchten die Software der Wahlcomputer von Diebold und urteilten: "Die Risiken der elektronischen Wahl gefährden den Kern unserer Demokratie." JedeR Teenager, von TerroristInnen ganz abgesehen, könne das Programm knacken und Ergebnisse manipulieren. Alle größeren Firmen haben inzwischen auf diese Kritik reagiert: Waren die Quellcodes der benutzten Programme "aus demokratiepolitischen Gründen" bisher von den Homepages der Unternehmen abzurufen, wurden sie nun "aus demokratiepolitischen Gründen" wieder entfernt.

Nach einer Klage von BürgerInnenrechtsgruppen untersagte ein Gericht in California den Einsatz von Wahlcomputern bis zur Erfüllung bestimmter Auflagen. Eine davon: Die Wahlentscheidung muss sowohl für WählerIn wie Behörde auch auf Papier dokumentiert, also ausgedruckt werden.

October Surprise

Die Manipulation der Präsidentschaftswahl (sowie der zahlreichen bundesstaatlichen und regionalen Wahlen) per Computer ist aber nur eines der Horrorszenarien, die gegenwärtig in den USA diskutiert werden. Selbst "ernstzunehmende" KommentatorInnen angesehener Zeitung wie die New York Times, des Wallstreet Journals oder der Washington Post rechnen fix mit einem so genannten "October Surprise", einer Wahlentscheidenden Überraschung knapp vor dem 2. November. Der Begriff "October Surprise" geht auf eine Arbeitsgruppe des Reagan-Wahlkampfteams von 1980 zurück, die unter Leitung des ehemaligen CIA-Chefs Casey alle Hebel in Bewegung setzte, um die Freilassung der in Teheran gefangen gehaltenen US-BotschaftsmitarbeiterInnen vor der Wahl zu verhindern. Tatsächlich wurden die Geiseln am Tag nach der Wahl freigelassen. Der Iran erhielt im Gegenzug für seine Kooperation mit Reagan Waffen geliefert, die er dringend im Krieg gegen den Irak benötigte.

Beliebtestes "October Surprise" des Jahres 2004 ist die Gefangennahme von Osama Bin Laden, die ohne Zweifel Bushs Wiederwahl sichern würde. Weit beängstigender hingegen ist das Szenario eines Terrorangriffs nach Madrider Muster. Bereits seit April diskutieren den sogenannten Neo-Cons nahestehende Zeitungen, ob ein derartiger Angriff nicht eine Verschiebung der Wahlen zwingend erforderlich machen würde, um "spanische Zustände" zu verhindern. Erschreckend realistisch geworden scheint in den letzten Tagen eine andere Art "Surprise" zu werden: Der Erkenntnis folgend, dass die US-Truppen sowohl in Afghanistan als auch im Irak in den "falschen Krieg" verwickelt sind - einen nämlich, den sie nicht "gewinnen" können - soll noch im Oktober der Iran angegangen werden. So zumindest sieht es der Kommentator William Pfaff im Herald Tribune. Er zitiert einen der führenden Neo-Konservativen, Norman Podhoretz, mit den Worten, er "spreche sich nicht für einen Angriff auf den Iran zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus".

Don´t change horses at midterm

Der Haken an der Sache: Die ganze Aufregung um den October Surprise ist stets gepaart mit erheblichen Verschwörungsängsten und einer nicht zu übersehenden Portion Antisemitismus. So spinnen sich US-Linke bereits Szenarien aus, nach denen die israelische Regierung einen bewaffneten Konflikt mit dem Iran provoziert, damit Israel von den USA gegen die iranischen Nuklearwaffen geschützt werden kann. Mal abgesehen davon, dass dieses Szenario die israelische Regierung zu potentiellen Selbstmordattentätern erklärt, widerspricht es auch dem häufig geäußerten Vorwurf, Israel besäße eigene Atomwaffen. Oder anders: Israel braucht mit Sicherheit keine US-amerikanische Unterstützung, um mit einer Bedrohung des wirtschaftlich wie politisch völlig destabilisierten Iran fertig zu werden...

" I am not advocating the invasion of Iran at this moment..."
Norman Podhoretz, Godfather der "Neo-Cons"

Allen Szenarien scheint aber gegenwärtig das US-amerikanische Wahlvolk eine klare Abfuhr zu erteilen. Nach dem gekonnten Dreischlag mit der falschen Terrorwarnung unmittelbar nach dem Konvent der Demokraten, der "Swiftboat"-Affäre und der republikanischen Convention in New York scheint Bush schon fast als Sieger fest zu stehen. Binnen zehn Tage konnte Bush die Voraussagen in neun der sechzehn so genannten "battlefield states" umdrehen oder zumindest ausgleichen. Selbst wenn Kerry alle noch "offenen" Staaten für sich gewinnt, hätte Bush genau eine Wahlmännerstimme mehr.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Kerry dies umdrehen kann, ist gering, da sich der gesamte Wahlkampf ausschließlich auf diese sechzehn Staaten reduziert: In den anderen Staaten Stimmen zu gewinnen, nutzt auf Grund des US-amerikanischen Wahlsystems gar nichts.

Eine Hoffnung jedoch bleibt Kerry: Die Tatsache, dass TATblatt-Prognosen betreffend die US-Innenpolitik bisher immer falsch waren...

Berlin

Farbe für Abschiebeprofiteur

In der Nacht vom 30. zum 31. gab es mehrere Aktionen zur Kennzeichnung von Hotels des Accor-Konzerns in Berlin. Zum Einsatz kamen offensichtlich verschiedene Farben, Sprühdosen und ein Stein oder vielleicht sogar mehrere. Accor steht in der Kritik wegen seiner Geschäfte mit Chipkarten und Unterkünften für Flüchtlinge.

TATblatt

Ausserdem gibt es in Frankreich einen laufenden Arbeitskampf meist migrantischen Putzpersonals, das sich gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in den Hotels der diversen Accor-Ketten (Ibis, Mercure, Novotel, Etap, Sofitel, Formule1) zur Wehr setzt.
Accor - ein ganz normaler global player im Dienstleistungsgewerbe:

Accor ist ein französisches Unternehmen, das zu den größten Dienstleistungskonzernen der Welt gehört. Nach eigenen Angaben ist es europäischer Marktführer in den Bereichen Reisen, Tourismus und Unternehmensdienstleistungen (Hotellerie, Reisebüros, Restaurants, Kasinos und Dienstleistungs-Gutscheine). Bekannte Hotelketten des Unternehmens sind Sofitel, Novotel, Mercure, Pannonia, Ibis, Etap, Formule 1. Accor hat 84.100 AktionärInnen, besitzt 3.700 Hotels in 72 Ländern, insgesamt 145.000 MitarbeiterInnen in 140 Ländern und hatte 2001 einen Umsatz von 7,29 Mrd. Euro.

Accor - Geschäfte mit Flüchtlingen und Abschiebungen

Der Konzern verdient einen Teil dieses enormen Umsatzes im schmutzigen Geschäft mit Rassismus: 1999 gab es in Frankreich erste Protestaktionen der Sans- Papiers gegen die zu Accor gehörige Hotelkette IBIS, um gegen die Vermietung von Gebäuden an das Innenministerium als Wartezonen für Abschiebungen zu protestieren. Außerdem war der Konzern selbst am Bau von Abschiebeknästen beteiligt. Proteste gab es auch gegen das Reisebüro Wagon-Lits-Travel des Accor-Konzerns, das Plätze in Zügen und Flugzeugen für Abschiebungen reserviert, wie auch während des Grenzcamps in Köln 2004.

In Deutschland ist Accor beteiligt am Chipkarten- und Gutscheinsystem für Flüchtlinge. (Das bedeutet, dass Flüchtlingen kein Bargeld ausgezahlt wird und der Einkauf nur in wenigen, teuren Läden möglich ist.)

Accor - Geschäfte mit Rechtsextremen

Der Konzern geriet ebenfalls dadurch ins Blickfeld, dass er in Frankreich Hotels für Parteiveranstaltungen der rechtsextremen Front National von LePen vermietete.

Accor - Geschäfte auf Kosten migrantischer und prekarisierter ArbeiterInnen

Doch damit nicht genug: Im Jahr 2002 begann ein Streik von (zum Großteil migrantischen und zum Teil illegalisierten sans-papier-)Putzarbeiterinnen, die zu übelsten Bedingungen beim Subunternehmen Arcade in den Hotels der Accor-Kette putzen. Sie forderten bessere Arbeitsbedingungen und höhere als die bisherigen Niedrigstlöhne. Auch aus Solidarität mit diesem Streik fanden vor allem in Frankreich, aber auch z.B. während des Grenzcamps 2003 in Köln bereits Aktionen vor oder in Hotels der Accor-Kette statt. Im Sommer 2004 wurde nun eine der Streikaktivistinnen entlassen, was wiederum Anlass bietet, weiterhin Druck auf die Hotelkette auszuüben, ihrem Ruf zu schaden und Hotelgäste davon zu überzeugen, hier nicht mehr zu übernachten! Vor wenigen Wochen fand hierzu ein internationaler Aktionstag statt, unter anderem mit Protesten in Leipzig.
Von KreuzundquerradlerInnen - Erstveröffentlichung mit Bildern und Links zum Hintergrund auf http://de.indymedia.org/2004/08/91676.shtml dieser und weitere Links zum, Thema auf tatblatt.net

Für Inet:
www.labournet.de/internationales/fr/putzgewerbe.html
de.indymedia.org/2004/08/91676.shtml
www.taz.de/pt/2004/07/23/a0122.nf/text

Sklavenähnliche Bedingungen in ACCOR-Hotels

Es gibt eine internationale Unterstützungskampagne.

Zentrale:
ACCOR
Avenue du Maine 33
F - 75015 Paris

Arcade
Rue du Faubourg-St-Denis 80
F - 75015 Paris

Informationen:
Collectif de solidarité avec Faty
email: fatysolidarite@hotmail.com

Hotels der Accor-Kette:
Etap, Formule 1, Frantout
Ibis, Mercure, Sofitel, Novotel

In Österreich gibt es zahlreiche Accor-Hotels von Ibis, Mercure, Sofitel und Novotel. Adressen im Telefonbuch oder unter www.otb.at bzw. mit Suchmaschine. Ein bißchen Medienarbeit bei den Reiseredaktionen der Zeitungen könnte auch nicht schaden.

25 Jahre ALF

Die Animal Liberation Front, gegründet in England und nunmehr in Dutzenden Ländern aktiv, ist ein Vierteljahrhundert alt. Schwerpunkte der Aktionen der ALF waren und sind die Zerstörung von Tierlaboren, Einrichtungen der Pelztierzucht und der Massentierhaltung in der Landwirtschaft, sowie aller weiteren Verarbeitungsgewerbe. Während der Alltag aus bescheidenen Aktionen, wie Sprayen, Werfen von Farbbeuteln oder verklebten Schlössern besteht, gibt es regelmäßig spektakuläre Großangriffe auf die Tierindustrie. Am 6. April 1987 brannte die ALF das fast fertig gebaute Tierlabor der University of California nieder (Schaden 5 Mio. US$). Weitere Rekorde waren die komplette Zerstörung der Versuchspelztierfarm der University of Oregon 1991 und der Northwest Fur Farm in Edmonds, Washington. Dieser Anschlag kostete den Betreiber über 1 Mio. US$ und er sperrte darauf hin zu. Die Länder mit den aktivsten Zellen der ALF sind mit Abstand USA, Großbritannien und Schweden, gefolgt von den Niederlanden, Italien und Finnland.

Umfahrungsstraße rechtswidrig

Wegen der Rechtswidrigkeit des Inhaltes wurde die Ostumfahrung von Laa/Thaya vom Verwaltungsgerichtshof aufgehoben.
Eine Klägerin, der mit Enteignung ihrer Grundstücke gedroht wurde, hat damit Recht erhalten. Die straßenrechtliche Bewilligung für die Ostumfahrung Laa wurde aufgehoben. Als Grund für dieses Erkenntnis führt der VwGH an, dass nicht alle Betroffenen, die ihre Einwände rechtzeitig angemeldet hatten, diese auch bei der Bauverhandlung einbringen konnten. Ebenfalls kritisiert wurde, dass die Einwände nicht anerkannt wurden, die die Notwendigkeit der Umfahrung wegen zu geringer Verkehrsfrequenz anzweifelte. Das liefe, so der Verwaltungsgerichtshof in seinem Spruch, darauf hinaus, "das verfassungsrechtlich gewährleistete Recht auf Achtung des Eigentums zu schmälern". Das sind grobe Verfahrensmängel.
"Für die Stadt bedeutet das lediglich eine Verzögerung des Baubeginnes", ist der Bürgermeister, Manfred Fass, stur. Die Baukosten sind bereits von der Landesregierung freigegeben worden, noch heuer könnte mit dem Bau der für ihn notwendigen Straße begonnen werden.
Das Erkenntnis stammt vom 15. Juni, am 26. Juli informierte das Land die fünf verbliebenen GrundbesitzerInnen, welche für die Umfahrung ihre Grundstücke nicht hergeben wollen, dass das Enteignungsverfahren eingeleitet worden sind.
So weit zu "Recht muß Recht bleiben" und "Wir sind ja eine Demokratie".

Blockaden gegen Atom-U-Boote

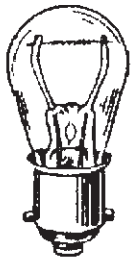
In Faslane in Schottland endeten die traditionellen Blockaden gegen den Stützpunkt der Atom-U-Boote, die mit Trident-Atomraketen bewaffnet sind, mit der Festnahme von acht Personen. Etwa 350 Personen, darunter mehrere Abgeordnete des schottischen Parlaments, hatten versacht, Angestellte der Basis am Betreten zu hindern. Nach britischem Recht, das durch ein höchstgerichtliches Urteil abgesichert ist, ist die Stationierung von Massenvernichtungswaffen in Großbritannien gesetzwidrig.

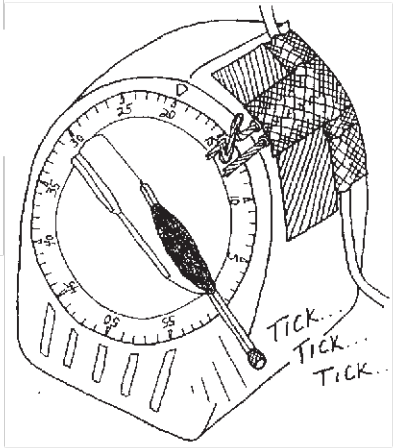
Tierrechtskongress 2004

Dieses Herbst findet in Wien der 2. Tierrechtskongress statt, der auch heuer wieder von VgT und Veganer Gesellschaft organisiert wird. Nachdem schon 2002 ReferentInnen der spirituellen Gruppe Universelles Leben am Kongress teilnahmen, ist diese heuer, durch den ihr nahestehenden Verlag "Das Brennglas" vertreten.
Laut der Internetkampagne www.free-speech.info, das sich zum Ziel gemacht hat auf die Sekte aufmerksam zu machen, ist Universelles Leben, eine totalitäre Sekte mit Hauptsitz im Raum Würzburg (Bayern), versucht seit einigen Jahren in der Umwelt- und Tierschutz- / Tierrechts-Bewegung Fuss zu fassen. Das deutsche Tierrechts-Magazin voice stieß bei eigenen Recherchen auf Lehren, die sich gegen Juden/Jüdinnen und MigrantInnen richten. Nach Ansicht des Magazines wird im Universellen Leben eine Art “Gehirnwäsche” betrieben (das Universelle Leben selbst spricht von einer “Umprogrammierung”), bei der enge Bindungen störend wirken würden.
Das Universelle Leben reagierte auf die Reportage mit einer Klagewelle, die nur einen Zweck zu haben scheint: Das ehrenamtlich herausgegebene Magazin voice soll über die teuren Prozesse und die Androhung von Ordnungsgeldern in Millionenhöhe mundtot gemacht werden.
Zwischenzeitlich haben sich auch einige linke deutsche Tierrechtsgruppen mit voice solidarisiert, von UL distanziert und lehnen jede Zusammenarbeit mit der Sekte ab.
Die OrganisatorInnen des Tierrechtskongresses hingegen scheint dieser politische Hintergrund von deren ReferentInnen und UnterstützerInnen nicht merkbar zu berühren.

Infos:
www.free-speech.info

Lest, denkt und lebt ...
... Radikal!





Das Lieblingsblatt des Staatsschutzes der BRD ist nach Jahren wieder aus der Versenkung zu neuem Leben erwacht. Thematischer Schwerpunkt ist fast ausschließlich eine Anleitung zum Bau von Brandsätzen, um Gebäude niederzubrennen. Das begründet die Redaktion mit der schlechten Zugänglichkeit von Anleitungen für jüngere Militante.

TATblatt

Gesellschaftspolitisch bewegt sich der eine Beitrag in einem aufs Skelett abgespeckten Rahmen von bekannten Positionen aus den 80er Jahren: Imperialismus der USA, spezifische Rolle Deutschlands, interne Krise, schwache eigene Strukturen, Entwicklung gemeinsamer Visionen, eigene militante Praxis, Hoffnung auf bessere Zeiten. Acht Seiten sind dafür mehr als genug.
Der Rest, 50 Seiten, ist der eigentlich interessante Teil, nämlich die Übersetzung der Anleitung der Earth Liberation Front zur fachgerechten Brandstiftung durch Bau von Brandsätzen und Zeitzündern. Wie bei solchen Anleitungen aus Nordamerika üblich, sind die Komponenten einfach zu beschaffen und die Anleitungen auch für Nicht-TechnikerInnen problemlos zu verstehen. Kurz gesagt ist es wichtig, ausreichend Brennstoff in einem Raum so zu platzieren, daß sich die Flammen in den Dachstuhl ausbreiten. Dadurch kollabieren selbst Gebäude aus Stahlbeton. Die Aktionen sind für mehrere Personen gedacht, da Kübel mit 20 Liter Brennstoff als Regelfall benötigt werden. Für die Zünder sind einfach zu beschaffende Mittel, wie 9-Volt-Batterien, Bananenstecker usw. nötig, die in Baumärkten und Elektronikgeschäften gekauft werden. Mit Hilfe von Komponenten aus digitalen Weckern kann auch ein komplizierterer Zünder gebastelt werden.

Gut und schön, daß Anleitungen zum Basteln existieren. Besonders geheim und untergrundmäßig ist das allerdings höchstens in den Köpfen von Staatschutzleuten in Deutschland. Ansonsten sind diese Anleitungen ohne Schwierigkeiten auf zahlreichen Internetseiten und durch zirkulierende Kopien zu bekommen, etwa auf jenen der ELF, www.earth-liberationfront.com, und ähnliche Bauanleitungen der ALF, www.animalliberation.net.

Ideologisch scheint hier die Perspektive zu fehlen. Das ganze schwebt im luftleeren Raum, denn die AutorInnen widmen sich beispielsweise nicht mit einer Zeile der ELF. Ohne Kontext wird sich aber so manche/r LeserIn fragen, wozu die ELF die Bauanleitungen veröffentlicht hat, und andererseits wozu ich mir das aneignen soll bzw. welche Gebäude aus welchen Gründen überhaupt in Betracht kommen.
Die ELF hat diese Anleitungen aus der Praxis entwickelt, die Zersiedelung der Landschaft durch Ausbreitung von Vorortesiedlungen, beispielsweise in New York oder Arizona, zu stoppen. Haben sich die AutorInnen dabei gedacht, mit dieser Strategie auch in München oder Hamburg Hand anzulegen? Wahrscheinlich nicht.

Zurück zur Praxis. Schon während das Heft am Postweg ist, kann man Ausschau nach Bezugsquellen der benötigten Materialien halten. Für die einfachere Variante des Küchenuhr-Zeitgebers bedarf es einer mechanischen Küchenuhr aus dem Haushaltswarengeschäft. Dazu kommt Isolierband, eine 9-Volt-Batterie (gibt es in jedem Supermarkt) und batterie-Schnapper dafür (Elektrogeschäft), einen 20-er oder 18er-Litzendraht (das Schwachstromkabel), Bananenstecker (oder wahlweise sog. Krokodilsklemmen), feines Lötmetall, einen 30-Watt-Lötkolben oder eine (Elektronik)-Lötstation, eine Abisolierzange, Superkleber oder Zwei-Komponenten-Kunstharzkleber. Das sollte alles im Baumarkt problemlos erhältlich sein, wenn auch über das ganze Geschäft verteilt. Ein Tip ist die Auto- und die Fahrradabteilung. Außerdem benötigt man als Zünder eine 12-Volt-Lampe mit einem Glühdraht (nicht die Variante mit zwei Drähten), die es in der Autoabteilung als Rücklicht gibt. Handschuhe nicht vergessen.
Bei dem elektronisch gebastelten Zeitverzögerer sind zusätzlich (außer der Küchenuhr) folgende Zutaten nötig: Ein Triac (das ist ein kleiner elektronischer Schalter), eine 9- oder 12-Volt LED-Diode mit eingebautem Widerstand (Stromstärke egal), ein kleiner Schalter, sowie ein Digitalwecker (oder Küchenuhr oder Pillenschachtel-Timer). Triac und LED gibt es in Elektronikgeschäften. Mehrere Wecker sind hilfreich, da manche Typen - selten, aber doch - nicht tauglich sind. Zum Studium ist der Katalog von Conrad (www.conrad.at), einem Elektroniksupermarkt mit Geschäften auch in Österreich, von Nutzen. Der Kauf von solchen Sachen ist weniger auffällig als vermutet, denn HobbybastlerInnen und Modelleisenbahnfreaks brauchen solche Komponenten sehr häufig.

Fazit: Alles sehr nützlich, aber die Sinngebung bleibt der/dem LeserIn überlassen.

Rührend nostalgisch mutet die Bestellmodalität an: Zwei Kuverts verwenden. Das äußere wird an folgende Adresse gesandt:

NN
Van Ostadestraat 233n
NL - 1073 Amsterdam

Den inneren Umschlag mit mindestens 4 (keine Münzen) mit Z.K. beschriften.

Kleingedrucktes: safety first! sich nur mal schnell eine anleitung durchzulesen und dann loszuziehgen mag vielleicht meistens gut gehen. hier wurde eine zeitung rezensiert, die unserer meinung nach viele praktische tipps enthält, allerdings wurden nicht alle bereiche abgedeckt. so etwa der bereich der fremdgefährdung: wie gefährlich kann das eigene handeln für andere sein? wie vermeide ich es andere in gefahr zu bringen? oder der bereich des eigenschutzes: es wurde erläutert wie ein "sauberer raum" auszusehen hat, allerdings ist noch einiges mehr nötig um spuren zu vermeiden. also gilt es sich noch mehr wissen anzueignen. also: safety first, wissen erweitern und selber nachdenken.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1100
DVR-Nr.: 0558371

Info.Mail
Entgelt bezahlt

Achtung AbonnentInnen!

Die im Adresspickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Nummer ist die des des letzten TATblatts, das du im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst. Bei Fehlern oder Unklarheiten schreibe uns bitte!

Abo

Preise innerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 13 Euro
20 Nummern Abo: 25 Euro
20 Nummern Förderabo: 60 Euro
20 Nummern Institutionenabo: 60 Euro
Preise außerhalb Österreichs:
10 Nummern Abo: 20 Euro
Bestellungen einfach durch Einzahlung des Abopreises auf das Konto P.S.K. 75 47 212
(Empfängerin: U.I.I., Verwendungszweck TATblatt-Abo, Name und Adresse nicht vergessen)

Verkaufsstellen

Wien 1: BH Winter (Landesgerichtsstr. 20), Zentralbuchhandlung (Schulerstr. 1) **Wien 6**: Rave Up (Hofmühlg. 1) **Wien 7**: Südwind (Mariahilferstr. 8) **Wien 9**: Buchwelt (Schwarzspanierstr. 15), Anarchistische Buchhandlung (Hahng. 15) **Wien 10**: Infoladen 10 (Wielandg. 2-4) **Wels**: KV Infoladen (Spitalhof 3) **Linz**: Infoladen Treibsand (Rudolfstr. 17) **Salzburg:** Infoladen (Lasserstr. 26)

Impressum

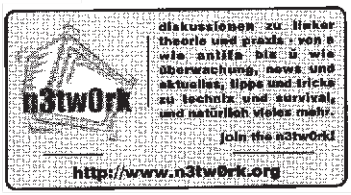
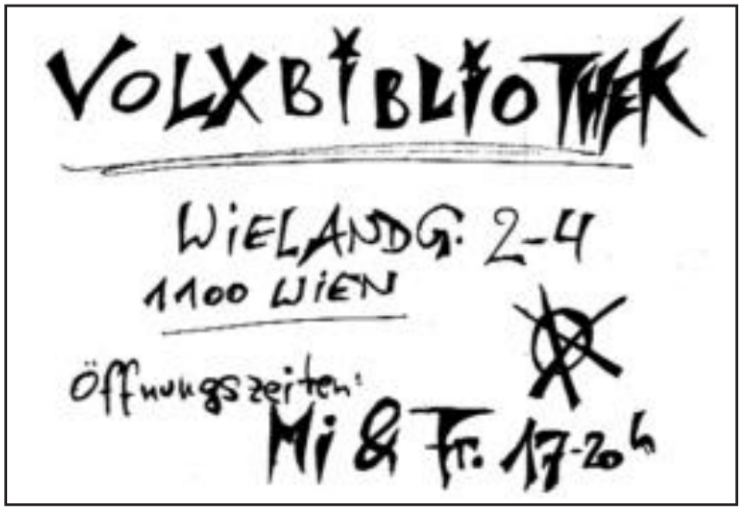
Medieninhaberin, Herausgeberin:
Unabhängige Initative Informationsvielfalt
1100 Wien, Wielandg. 2-4/414
Konto P.S.K. 75 47 212
Tel.: (01) 641 03 17
e-mail: tatblatt@blackbox.net
Redaktion: ebd.
Druck und Vertrieb: Infrastruktur, 1100 Wien, Wielandg. 2-4/414
Tel.: (01) 641 03 17

Redaktionelles

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe, nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge sowie Texte im "TATblatt-Originaltextservice" geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern der VerfasserIn wieder.

Gegen das Böse auf der Welt

Die erste Ausgabe des TATblatt erschien im Oktober 1988 als Vorbereitung des "Projekts Zweitageszeitung" mit der Nummer minus 101.

Dem Ehrenkodex des Österreichischen Presserates verpflichtet

VAZ Mitglied der Veeinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften